



GKS intern
Alles zur
Bundeskonferenz

S. 7

**Interview mit
Dr. Peter Tauber**
„Wir müssen unsere
Sicherheit gewährleisten“

S. 32

Pater Mertens:
„DU bist jetzt dran!“

S. 28

VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Dritte Lebensphase

Wir geben Ihnen Orientierung, um gerüstet anzukommen!

Neue
Termine ab
2020!

Das Seminar
„Wenn jeden Tag Sonntag ist.
In Vorbereitung auf die 3. Lebensphase“
bietet Soldatinnen und Soldaten sowie ihren Part-
nerinnen/Partnern Orientierungshilfen für die Zeit
nach der Pensionierung.

Termine
3. bis 7. Juni 2020
26. bis 30. August 2020

Ort
Nürnberg
Akademie Caritas-Pirckheimer-Haus

Für *Informationen* und zur *Anmeldung* nehmen Sie
bitte Kontakt mit Reinhard Kießner auf!
Tel.: 09776 5796, Mobil: 0172 6727355
E-Mail: bundesgeschaeftsfuehrer@kath-soldaten.de



Andreas Quirin
Bundesvorsitzender der
Gemeinschaft Katholischer Soldaten

Foto: Uwe Grauwinkel

75 Jahre –
Nach dem Umsturzversuch Claus
Schenk Graf von Stauffenbergs
S. 42

Vier Fragen an ...?
Außen- und Sicherheitspolitik in
den Wahlprogrammen der
deutschen Parteien
S. 36

INTERVIEW
„Wir Europäer müssen in der Lage
sein, unsere Sicherheit
zu gewährleisten“
S. 30

Liebe Leserinnen und Leser.

Als neu gewählter Bundesvorsitzender fällt mir mit dieser Ausgabe erstmals die Aufgabe zu, ein Vorwort zu schreiben. „**Verantwortung übernehmen**“ lautet der Titel dieser Ausgabe. Der Begriff der Verantwortung ist uns Soldatinnen und Soldaten aus dem Dienst sehr vertraut. Wir sind es gewohnt, Verantwortung zu tragen, und kennen die Verpflichtung die mit diesem Wort verbunden ist. Genau diese Verpflichtung, war es, welche die Frauen und Männer um **Oberst Claus Schenk Graf von Stauffenberg** dazu gebracht hat, am 20. 07.1944 ein Attentat auf Adolf Hitler zu verüben, um der Welt noch mehr Tod und Unheil zu ersparen. Im Artikel von Oberst a. D. Prof. Dr. Heinemann beleuchten wir diese Ereignisse, aber auch die Beweggründe der Widerstandskämpfer noch mal intensiv. Was es bedeutet, in der heutigen Zeit Verantwortung in der Politik zu übernehmen, hat uns der Präsident des Saarländischen Landtages, Stephan Toscani, verraten. In den vergangenen Monaten waren Europa und die Europäische Union in aller Munde. Der Brexit und das Erstarken nationaler Interessen haben dazu geführt, dass manche das Ende der europäischen Idee herbeiredeten. Der Vorschlag zu einer Europaarmee von Bundeskanzlerin Merkel steht diesen Entwicklungen konträr gegenüber. Diese Idee greifen wir auf und haben die **Spitzenkandidaten zur Europawahl** um ein kurzes Interview gebeten. Die Position des deutschen Bundesministeriums der Verteidigung darf an dieser Stelle nicht fehlen. Es freut mich daher, dass uns der Parlamentarische **Staatssekretär Dr. Peter Tauber** für ein Interview zur Verfügung stand. Natürlich darf ein ausführlicher Rückblick auf unsere Bundeskonferenz in dieser Ausgabe nicht fehlen. Genug der Vorreden. Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen!

Ihr Andreas Quirin

Interview mit
Dr. Peter Tauber,
Parlamentarischer
Staatssekretär im
BMVg

30

Inhalt

01 | 2019

Foto: Tobias Koch

GKS INTERN

- 6 Segnung & Verleihung Fahnenband
- 7 Von der Bundeskonferenz
- 10 Neues aus den Kreisen
- 10 Akademietagung
- 11 Dank und Abschied
- 12 Neuer Bundesvorstand gewählt

TITELTHEMA

- 20 70 Jahre Nato
- 24 In Verantwortung für einen
freiheitlich-demokratischen Staat
- 28 DU bist jetzt dran!
- 36 **Europaspezial:** Vier Fragen an...?
- 46 Zum Prinzip der Inneren Führung

SPEZIALTHEMA

- 42 75 Jahre
Nach dem Umsturzversuch

RUBRIKEN

- 3 Editorial
- 18 Wort des Geistlichen Beirats
- 27 GKS-Standpunkt
- 50 Blattkritik
- 51 Vorschau
- 51 Impressum



Foto: GKS

Segnung & Verleihung
Fahnenband
an 31 Kreise

06



Foto: Julia Steinbrecht (KNA)

„DU bist jetzt dran!“
Pater Mertens über Verantwortung

28



Tradition, Gegenwart und Zukunft als unverzichtbare Bestandteile der GKS. Foto: GKS

Individuelles Fahnenband:

Fahnenbänder an Kreise verliehen

Eine ganz besondere Zeremonie hatte sich die Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS) zum Ende der diesjährigen Bundeskonferenz vorgenommen. Der Bundesvorstand hatte entschieden, dass an alle derzeit **31 Kreise ein individuelles Fahnenband** im neuen Corporate Design verliehen werden sollte. Mit der Einführung des neuen Corporate Designs im vergangenen Jahr war das bisherige GKS-Kreuz zum Traditionszeichen erhoben worden, das weiterhin als Symbol für die Gemeinschaft stehen wird. Damit war klar, dass die vorhandenen Fahnen in den Bereichen und Kreisen weiter genutzt werden. Durch die Zuordnung eines individuellen Fahnenbandes, das die Fahne fortan schmücken wird, sollen Tradition, Gegenwart und Zukunft als unverzichtbare Bestandteile der Gemeinschaft auch optisch deutlich gemacht werden.

Der Geistliche Beirat auf Bundesebene, Militärdekan Bernd F. Schaller, segnete die Fahnenbänder im Abschlussgottesdienst der Bundeskonferenz. „*Es freut mich, dass wir mit diesen Fahnenbändern eine gelungene Symbiose zwischen der Tradition unserer Gemeinschaft und der Moderne schaffen*“, brachte Schaller seine Gefühle vor der Segnung zum Ausdruck. „*Wir schaffen damit das, was katholische Verbandsarbeit auszeichnet: Wir stellen eine Verbindung zwischen unserem Glauben und unserer Gemeinschaft her, die mit diesem Fahnenband auch nach außen sichtbar wird*“, so der Ehrenbundvorsitzende Oberst Rüdiger Attermeyer bei der Übergabe der Fahnenbänder an die Vertreter des Bundes, der Kreise und Bereiche, die mit ihren Fahnen zur Bundeskonferenz angereist waren. (redaktion)

Aktuelles von der Bundeskonferenz:

Delegierte ernennen dritten Ehrenbundvorsitzenden der GKS

Aus der Mitte der Delegierten wurde der Antrag gestellt, den bisherigen Bundesvorsitzenden, Oberst Rüdiger Attermeyer, zum Ehrenbundvorsitzenden zu ernennen. Den Balanceakt zwischen dem Erhalt des Bewährten und Vertrauten und der Ausrichtung des Verbandes an den veränderten Rahmenbedingungen in Berufswelt, Gesellschaft und Kirche zu gestalten war die Hauptaufgabe in der 10-jährigen Amtszeit. Durch Akklamation berief die Bundeskonferenz Oberst Rüdiger Attermeyer zum Ehrenbundvorsitzenden. Dieser nahm die ehrenvolle Berufung an. Die GKS wird damit von **drei Ehrenbundvorsitzenden** begleitet:

- Oberstleutnant a. D. **Paul Schulz**, Bundesvorsitzender von 1987-1992
- Oberst a. D. **Karl-Jürgen Klein**, Bundesvorsitzender von 1995-2005
- Oberst **Rüdiger Attermeyer**, Bundesvorsitzender von 2009-2019



Rüdiger Attermeyer ist der dritte Ehrenbundvorsitzende. Foto: GKS

Puzzleteile aus Chancen und Herausforderungen

Die Delegierten befassten sich in vier Kleingruppen mit folgenden Fragen: **1. Was sind die Stärken unseres Verbandes?** **2. Was sollte besser laufen?** **3. Wie kann die Bundesebene die Arbeit der Kreise vor Ort unterstützen und fördern?** **4. Wie können neue Menschen für den Verband begeistert werden?** Jede Kleingruppe erhielt zu jeder Frage ein Puzzleteil. Auf der Rückseite des Puzzleteils wurden die Antworten auf die Fragen in Stichworten zusammengefasst. Dann kam der schwierigste Teil der Arbeit: Die Mitglieder der Gruppe mussten entscheiden, welches Stichwort sie für das wichtigste hielten. Dieses wurde dann auf der Vorderseite des Puzzleteils vermerkt.

Im Plenum wurden anschließend die Ergebnisse vorgetragen und nach und nach entwickelte sich aus den Puzzleteilen das Logo der GKS mit jeweils vier Stichworten zu jeder der gestellten Fragen. Dieses Puzzle wird die Arbeit des Bundesvorstands in den nächsten Monaten begleiten. Anregungen, Wünsche und Vorschläge finden sich auf jeden Fall in Hülle und Fülle darauf. Und wenn die Vorderseite abgearbeitet ist, lohnt sich ein Blick auf die Rückseite! Wir werden über die weiteren Schritte berichten. (redaktion)



Arbeitsergebnisse fügen sich zum Gesamtbild. Foto: GKS



1



2



3

>>Fortsetzung Seite 7

Aktuelles von der Bundeskonferenz:

Neben der Wahl zum Bundesvorstand haben sich die Delegierten auf der diesjährigen Bundeskonferenz intensiv mit der aktuellen Lage des Verbandes beschäftigt. Vordergründig sollten über die veränderten Rahmenbedingungen in Kirche und in kirchlichen Verbänden generell und speziell in der GKS diskutiert werden.

„Wir wollen die Basis zu Wort kommen lassen, damit wir Handlungsbedarf für die kommenden Jahre identifizieren können“, sagte Rüdiger Attermeyer, der bisherige Bundesvorsitzende der GKS. Eine besondere Zeremonie ist die Verleihung der individuellen Fahnenbänder an 31 Kreise gewesen.

Fotos: Hubert Berners

1. Der neue Bundesvorsitzende Andreas Quirin überreicht dem bisherigen Bundesvorsitzenden Rüdiger Attermeyer die Ehrenbundesvorsitzenden-Urkunde.

2. Danksagung für zehn Jahre Bundesvorsitz der GKS: Rüdiger Attermeyer (links), Marian Schiebilski, Oberst i.R. Bernhard Meurers, Generalsekretär der AKS.

3. Als stellvertretender Bundesvorsitzender berichtet Andreas Quirin der Vollversammlung des Katholikenrats über die Aktivitäten und Entwicklungen der GKS in den vergangenen 18 Monaten und wagt einen Blick auf die kommenden Aktivitäten und Herausforderungen.

4. In Vertretung des leitenden Militärdekans Kiel, Msgr. Rainer Schadt, nimmt der stellvertretende leitende Militärdekan Jürgen Eckert am festlichen Abend teil und zelebriert zusammen mit dem Geistlichen Beirat auf Bundesebene, Militärdekan Bernd F. Schaller, den Gottesdienst.

5./6. Segnung und Verleihung der Fahnenbänder: Durch die Zuordnung eines individuellen Fahnenbandes, das die Fahne schmücken wird, sollen Tradition, Gegenwart und Zukunft als unverzichtbare Bestandteile der Gemeinschaft optisch deutlich gemacht werden.



4



5



6

Neues aus den Kreisen

Einsatzarmee Bundeswehr und Tradition: Wie passen Neu und Alt zusammen?

Der **GKS-Kreis Husum** hat zu seiner ersten Vortragsveranstaltung unter der Überschrift „Einsatzarmee Bundeswehr und Tradition – wie passen Neu und Alt zusammen?“ eingeladen. Circa 130 Interessierte sind in die UHG der Julius-Leber-Kaserne in Husum gekommen, darunter viele Soldatinnen und Soldaten, der stellvertretende Regimentskommandeur Oberstleutnant Daniel Schnitker, der Bürgermeister der Stadt Husum, Uwe Schmitz, und der Leitende Militärdekan Monsignore Rainer Schadt. Der **Militärhistoriker Oberst a. D. Prof. Dr. Winfried Heinemann** führt in die aktuelle und höchst umstrittene Frage ein, was Tradition in der Bundeswehr heißen kann, wie sie derzeit gelebt wird und welche



Foto: GKS

Perspektiven sich unter Bedingungen der Einsatzarmee eröffnen. Nach kurzem Zögern entwickelte sich eine anregende Diskussion zu Fragen des Umgangs, der Funktion und der Notwendigkeit von Tradition. Eine Frage lautete etwa: ***Muss es das Scharfschützengewehr in der Vitrine der geschichtlichen Sammlung sein – das als Erinnerung, aber auch Mahnung gilt –, oder muss es nicht sogar auch die Binde des Sanitäters sein?*** Ein spannender Ansatz, der auch nach der Veranstaltung Anlass zu Gesprächen gab, die im gemütlichen Teil der Veranstaltung noch weiter diskutiert werden konnten. Auch die Kreisvorsitzende, Hauptfeldwebel **Juliana Haberlag**, zog am Ende der Veranstaltung eine sehr positive Bilanz. (redaktion)

Akademietagung

Von Spaltungen bedroht?

Das schwierige Verhältnis von Staaten und ihren Bürgern

Der **GKS-Bereich West** hat zusammen mit dem Katholischen Militärdekanat Köln und der Thomas-Morus-Akademie Offiziere der Bundeswehr zu einer zweitägigen Akademietagung nach Bensberg eingeladen. Dieser Einladung folgten sowohl aktive als auch pensionierte Offiziere. Vom 2. bis 3. April 2019 näherten sich diese zusammen mit ausgewählten Referenten aus verschiedenen Perspektiven dem Verhältnis von Staaten und ihren Bürgerinnen und Bürgern an. Die gegenseitigen Rechte und Pflichten zwischen einem Staat und den in ihm lebenden Individuen wurden hierbei genauso diskutiert wie die gegenwärtigen Gefahren des aufkommenden Populismus und der Politikverdrossenheit. In insgesamt fünf Vorträgen mit jeweils anschließenden Diskussionsrunden führten fachlich versierte Referenten die



Foto: GKS

Offiziere an die Thematik heran und stellten insbesondere die gesellschaftliche Situation in den USA, Frankreich, England, Italien und Deutschland dar. So legte **Prof. Armin Wildfeuer** mit seinem Vortrag zunächst die theoretischen Grundlagen, um den Begriff „Staat“ mit seinen Kernelementen zu verstehen und in seiner historischen Entwicklung einzuordnen. Danach folgte die praktische Anwendung dieser theoretischen Grundlagen anhand von Beiträgen zu den USA (**Dr. Patrick**

Horst), zu Frankreich, England und Italien (**Dr. Tobias Kunstein**) sowie zu Deutschland (**Dr. Andreas Püttmann**). Ebenfalls diskutierten die Offiziere über die Sinnhaftigkeit eines allgemeinen Gesellschaftsdienstes, wie ihn die GKS seit einiger Zeit fordert. Dieser verpflichtende Dienst wurde nicht nur von den Offizieren befürwortet. Auch der Referent und ehemaliges MdB für die Partei „Die Linke“ **Paul Schäfer** sah die Notwendigkeit einer gesellschaftlichen Diskussion. Während er die Einführung eines solchen Dienstes im sozialen Bereich für sinnvoll erachtet, hätte er Bedenken, würde dies einen freiwilligen Wehrdienst inkludieren. Insgesamt fand die Akademietagung ein positives Echo und wird mit einem noch festzulegenden Thema am **19./20.11.2019** fortgesetzt. (redaktion)

Danksagung

Danke Hubert!

Autor: Marian Schiebilski

Lieber Hubert,



Hubert Berners auf der Bundeskonferenz.

Foto: GKS



Hubert Berners mit dem neuen Bundesvorsitzenden Andreas Quirin.

Foto: GKS

es war im Jahre 2013, als ich mich erstmals um dieses „Dings mit dem Internet“ in der GKS gekümmert habe. Der damalige Bundesvorsitzende Rüdiger Attermeyer bat mich, die Möglichkeit eines Facebook-Auftritts für die GKS auszuloten und dazu die Mitglieder des „brachliegenden“ Sachausschusses Kommunikation zu aktivieren. Du warst und bist als IT-Beauftragter der GKS einer der Mitstreiter. Sehr schnell habe ich von Dir gelernt, dass es zunächst nicht auf das technokratische Betrachten einer konkreten Aufgabenstellung ankommt, sondern die Grundlagen für eine gelingende Kommunikation generell zu schaffen sind. Du hast das damals vehement vertreten und der Sachausschuss ist dem erfolgreich gefolgt, wofür ich heute sehr dankbar bin. In der Folge haben wir gemeinsam Grundlagen für die Kommunikation in einem Konzept festgelegt, einen Facebook-Auftritt realisiert, ein neues Corporate Design implementiert und zuletzt den Internetauftritt sowohl inhaltlich als auch optisch neu aufgestellt. Wir haben es gemeinsam geschafft, eine moderne, ansprechende und ineinander verzahnte Kommunikationsplattform für die GKS zu schaffen. Der Internetauftritt, der Facebook-Auftritt, die Verbandszeitschrift Auftrag und sonstige Veröffentlichungen greifen abgestuft und zielgruppengerecht ineinander. Das neue Corporate Design ist dabei ein sichtbares Bindeglied und Identifikationsmerkmal. Mit Ablauf des April 2019 gibst Du die Teilaufgabe des Webmasters in neue Hände. Der GKS bleibst Du jedoch in vielfältiger Weise als IT-Beauftragter, Schatzmeister des FGKS sowie Administrator der Mitgliederdatei erhalten. Für die intensive Zeit der Arbeit als Webmaster danke ich Dir im Namen des Sachausschusses Kommunikation sehr herzlich. Gewiss hast Du es Dir selbst und manchmal auch uns nicht immer leicht gemacht. Deine Beiträge waren aber immer vom unbedingten Willen zum Erfolg und zur Korrektheit geprägt. Das hat uns weitergebracht und Du kannst auf diese Zeit stolz sein. Die Abgabe einer Teilaufgabe in neue Hände ist kein Abschied und so freue ich mich auf eine weitere gelingende und fruchtbare Zusammenarbeit mit Dir.

Neuer Bundesvorstand gewählt



Facts:

- Die Bundenskonferenz ist das höchste Beschlussgremium der GKS. Alle zwei Jahre wählen die Delegierten aus allen Ebenen des Verbandes einen neuen Bundesvorstand.

„Es liegt viel Arbeit vor uns!“

Die Mitglieder der GKS haben im Rahmen der diesjährigen Bundeskonferenz in Stapelfeld einen neuen Vorstand gewählt. Stabshauptmann **Andreas Quirin** (Mitte) ist neuer Bundesvorsitzender der Gemeinschaft Katholischer Soldaten. Seine Stellvertreterin ist Hauptfeldwebel **Juliana Haberlag**, sein Stellvertreter ist Oberstleutnant **Gerd Fridrich**. Die Redaktion des AUFTRAGS hat mit dem neuen Vorstand über die Zukunft der Gemeinschaft gesprochen. >>

„Vor zehn Jahren wäre das undenkbar gewesen“

Die Delegierten haben einen neuen Vorstand gewählt. Mit uns spricht der neue Bundesvorsitzende der GKS über die Motivation und Ziele seiner Arbeit im Vorstand.

Interview: Nadin Schley

Sie sind seit März der neue Bundesvorsitzende der GKS. Haben Sie Ihre Entscheidung schon bereut?

(lacht) Auf gar keinen Fall!

Was ist Ihre Motivation gewesen, sich zur Wahl als Bundesvorsitzender aufstellen zu lassen?

Eigentlich hatte ich nie vor, Bundesvorsitzender zu werden. Als sich aber abgezeichnet hatte, dass mein Vorgänger, Oberst Rüdiger Attermeyer, nicht länger als Bundesvorsitzender zur Verfügung steht, da habe ich meine Entscheidung revidieren müssen. Man hat ja gewisse Gründe, warum man sich in einer Gemeinschaft wie die der GKS engagiert. Ein Grund ist, die Gemeinschaft so mitzugestalten, wie man sie selbst gerne hätte, wie man sie sieht. Meine Motivation ist deshalb auch, es an der einen oder anderen Stelle vielleicht anders zu machen.

Was sagt Ihre Frau dazu? Schließlich ist die Position ein Ehrenamt, und Sie haben ab jetzt noch weniger Zeit.

Es schlagen zwei Herzen in ihrer Brust. Meine Frau hat die GKS im Bereich West während der Werkwoche so kennengelernt, wie wir uns die Gemeinschaft vorgestellt haben. Es treffen sich regelmäßig Soldatenfamilien, die den gleichen Background haben

und sich thematisch austauschen und gegenseitig unterstützen, auch über die Themen der Gemeinschaft hinweg. Das war eigentlich für uns der Aufhänger, in die Gemeinschaft einzutreten und sich hier zu engagieren. Aber natürlich bedeutet das neue Amt als Bundesvorsitzender in erster Linie Arbeit, weswegen ich auch das ein oder andere, was ich zusätzlich gemacht habe, erst mal ruhen lasse, wie beispielsweise Junioren im Fußball zu trainieren.

Sie sind Fußballtrainer gewesen?

Ja, ich habe eine Trainerlizenz. Drei Jahre lang habe ich Nachwuchsmannschaften beim Oranienburger FC Eintracht trainiert und bin über diesen Weg auch noch in den Vorstand des Fußballvereins gekommen. Das alles muss jetzt warten.

Inwiefern hat der letzte Bundesvorsitzende Rüdiger Attermeyer Sie vor der Wahl unterstützt?

Ich habe im letzten Jahr mit Oberst Attermeyer über die Wahl eines neuen Bundesvorstands im März 2019 gesprochen. Er sagte, ich solle das Amt des Bundesvorsitzenden übernehmen. Er hätte bereits mit anderen darüber gesprochen. Im ersten Moment war ich überrascht und ich hätte diesen Zuspruch aus der Gemeinschaft so nicht erwartet. Es ist mir eine Ehre, dass mir die Mitglieder dieses Amt zutrauen. Man muss dazu sagen, dass Soldatinnen und Soldaten streng hierarchisch geprägt sind. Wer in die Geschichte der GKS schaut, sieht, dass die ehemaligen Bundesvorsitzenden in der Regel den Dienstgrad „Oberst“ innehaben. Und jetzt kommt da einer, der nicht studiert hat und „nur“ Stabshauptmann ist. Das hat mich bewegt.

Ist die GKS moderner geworden ist?

Ja! Nach der Wahl hat jemand zu mir gesagt, *vor zehn Jahren wäre das undenkbar gewesen*, dass ein Stabshauptmann Bundesvorsitzender der GKS wird und eine Frau stellvertretende Bundesvorsitzende. Und ich muss sagen, das war wirklich so.

Was hat die Gemeinschaft geöffnet?

Sie war damals schon offen. Ich glaube, in unserer Gesellschaft haben sich diese Dinge verändert. Hierarchien spielen keine so immense Rolle mehr. Auch in den Streit-

kräften ist die Soldatenhierarchie nicht mehr so extrem wie vor zehn Jahren. Diese Veränderungen erreichen natürlich auch irgendwann die Gemeinschaft der GKS. Und ich glaube, es ist eine Frage der Generation. Wir haben mit dem neuen Bundesvorstand einen Generationswechsel eingeleitet. Ich bin mit meinen 47 Jahren eigentlich der Senior hier (lacht).

Was haben Sie sich als Bundesvorsitzender vorgenommen?

Meine Rede in Stapelfeld habe ich unter die Begriffe „Zusammen, Zupackend, Zukunftsorientiert“ gestellt. Für uns bedeutet das, dass wir an der Basis Präsenz zeigen wollen. Wo immer es geht, möchten wir bei den Bereichskonferenzen dabei sein, um den Kontakt zu den Leuten, die die Arbeit machen, zu halten. Wir wollen uns austauschen, um evaluieren zu können, wo der Schuh drückt. Außerdem wollen wir uns weiterhin in das Spannungsfeld zwischen Gemeinschaft, Gesellschaft und Politik sowie Kirche einbringen, uns zu Wort melden, wie wir das mit dem Papier zur Allgemeinen Dienstpflicht gemacht haben. Damit können wir uns als Ansprechpartner positionieren. Wir wurden zum Beispiel vom Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages zu einem Acht-Augen-Gespräch eingeladen. Solche Chancen wollen und müssen wir nutzen. Dass dies alles nur Sinn ergibt, wenn wir als Gemeinschaft auch zukunftsorientiert denken und handeln, ist klar.

Liegt Ihnen etwas besonders am Herzen?

Ich möchte als Bundesvorsitzender kein Alleinunterhalter sein. Wir sind ein Team und ich sehe mich als Mannschaftsspieler, denn einer alleine kann kein Spiel gewinnen.

Was wollen Sie verbessern?

Wir haben uns das Thema Kommunikation auf die Fahne geschrieben und wollen den Austausch mit allen Ebenen intensivieren. Wir haben beispielsweise einen Brief an alle Mitglieder geschrieben, in dem wir uns vorgestellt haben, etwas zu uns als Person gesagt haben und auch unsere Ideen präsentiert haben, damit die Mitglieder wissen, was der Bundesvorstand im Kopf trägt. Ich denke, wenn wir gute Arbeit leisten, dann kommen die Leute auch auf uns zu mit ihren Anliegen und Belangen. Das möchten wir gerne erreichen.

Warum sind Sie ein guter Bundesvorsitzender?

Ob ich ein guter oder schlechter Bundesvorsitzender bin, sollen andere beurteilen. Ich glaube, für diese Phase, in der wir uns jetzt gerade befinden, Stichwort Medienmix, dafür bin ich der Richtige. Es gilt, über die verschiedenen Ebenen mit allen Mitgliedern in einen Austausch zu kommen und dafür die uns zur Verfügung stehenden unterschiedlichen Kanäle zu nutzen.

Sie wurden mehrheitlich und demokratisch zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Was möchten Sie den Delegierten sagen, die gegen Sie gestimmt haben?

Ich möchte die Leute in den nächsten zwei Jahren von un-

serer Arbeit im Bundesvorstand überzeugen, damit sie bei der nächsten Wahl ihr Kreuz vielleicht doch bei Ja setzen.

Was sind die nächsten Aufgaben, denen sich der Bundesvorstand widmen wird?

Wir sind dabei, Material im neuen Corporate Design für den Verband zu beschaffen. Das Ziel ist, dass die neue Ausstattung bis Ende des dritten Quartals in den Kreisen ankommt. Zudem planen wir den nächsten AUFTRAG, der im November erscheinen wird. Das Treffen mit unserem österreichischen Partnerverband, der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Soldaten (AKS), im Juni ist ebenfalls ein großes Schwerpunktthema derzeit. Und im September treffen wir uns dann als Bundesvorstand zu unserer ersten Sitzung in der neuen Zusammensetzung. Es steht also viel Arbeit an.

Zehn Jahre später! Vielleicht sind Sie noch immer im Amt. Auf was sollen die Mitglieder der GKS zurückschauen, wenn sie an Ihre Amtszeit denken?

Am liebsten hätte ich, wenn sie positiv über uns reden würden. Mir ist wichtig, dass sich der Verband bis dahin weiterentwickelt hat. Genauso möchte ich gerne neue Formate entwickeln, die eine gewisse Zeit überdauern, ähnlich unserer GKS-Akademie „Oberst Helmut Korn“, die wir schon seit Jahrzehnten veranstalten. Ich möchte gerne in der Rückschau sehen, dass wir den Verband zukunftsfähig aufgestellt haben, nicht nur finanziell, sondern auch strukturell. Und dass wir als Ansprechpartner in Politik, Bundeswehr und Gesellschaft gefragt sind.

Vielen Dank für das Gespräch!



Tierischer Glücksbringer: Mit Herthinho beim Standortbiwak des General Standortaufgaben in Berlin.

Foto: A. Quirin

„Es geht nur gemeinsam“

Juliana Haberlag, stellvertretende Bundesvorsitzende

Ich bin in Berlin-Neukölln geboren und habe noch zwei jüngere Geschwister. Aufgewachsen bin ich in der Nähe von Itzehoe (Schleswig-Holstein), da mein Vater hierher dienstlich versetzt wurde. Er arbeitete als Gemeindereferent, sodass wir mit Kirche, Pfadfinder-, Sternsinger- und Ministrantsein aufgewachsen sind.

Ich hab meine Mittlere Reife in Itzehoe abgeschlossen und danach eine Ausbildung zur staatlich geprüften Pharmazeutisch Technischen Assistentin in Neumünster absolviert. Nach dieser Ausbildung bin ich 2006 zur Bundeswehr gekommen. Bis 2016 war ich in Höxter (Nordrhein-Westfalen) im ABCAbwBtl 7 als Gruppenführer in einem Dekontaminationszug eingesetzt. Im Oktober 2016 wurde ich in die ausgelagerte 5. Kompanie nach Husum versetzt. Seither wohne ich zusammen mit meinem Mann in Schweising nahe Husum.

Mein Weg zur GKS

Die GKS lernte ich erst nach meiner Versetzung nach Husum kennen. Bereits im Februar des Jahres 2017 wurde der GKS-Kreis Husum, mit mir als Vorsitzende, gegründet. Seither findet monatlich ein kurzer meditativer Impuls statt. Wir hatten einen Stand auf dem Tag der Offenen Tür der Kaserne und haben als erste große Veranstaltung im letzten Monat eine Vortragsveranstaltung mit überraschend starker Beteiligung durchgeführt. Aufgrund des großen Erfolges dieser Veranstaltung sind für dieses Jahr noch zwei weitere Veranstaltungen geplant.

Meine Ziele

Ich möchte in den verschiedenen Bereichen, Kreisen und Sachausschüssen Eindrücke, Ideen und Anregungen sammeln, welche ich dann zusammen mit eigenen Vorstellungen in die anderen Bereiche und Kreise weitertragen kann. Denn klar ist in der heutigen Zeit, wo die Kirche und Verbände grundsätzlich einen schweren Stand haben – es geht nur gemeinsam! Kommunikation, auch untereinander, ist wichtiger denn je geworden.

Als Vertreterin auf Bundesebene sehe ich eine unserer Hauptaufgaben darin, die Verbindungen innerhalb der GKS zu festigen und den Austausch untereinander voranzutreiben. Durch die Teilnahme an Veranstaltungen in den Bereichen, Kreisen und Ausschüssen können wir durch unsere bereichsübergreifende Sicht zum Multiplikator und Ideengeber für andere Kreise und Bereiche werden.



Foto: GKS

„Die Wahl kam sehr überraschend, aber ich freu mich über das Vertrauen, das mir als Neuling in der GKS entgegengebracht wird.“

„Wir dürfen nicht in den Strukturen gefangen bleiben“

Gerd Fridrich, stellvertretender Bundesvorsitzende

Nach Verwendungen in den verschiedensten Regionen Deutschlands habe ich mich mit meiner Familie im Raum Köln-Bonn niedergelassen. Wenngleich ich gebürtiger Schwabe bin, haben meine Familie und ich uns im Rheinland inzwischen gut eingelebt und wir fühlen uns hier ausgesprochen wohl.

Mein Weg zur GKS

Mit der GKS kam ich erstmals nach meiner Versetzung nach Köln in Berührung. Im Rahmen einer Veranstaltung der Militärseelsorge wurde ich von GKS-Vertretern angesprochen und mit meiner Familie zu einem Themenwochenende eingeladen. Besonders die Einbeziehung der gesamten Familie in die Auseinandersetzung von Themen rund um „Christ sein – Soldat sein“ hat mir gut gefallen. Mit meiner Familie durfte ich an etlichen Veranstaltungen in offener und freundschaftlicher Atmosphäre teilnehmen, welche von engagierten Mitgliedern der GKS organisiert wurden. Daher war es für mich auch eine Selbstverständlichkeit, mich im Bereichsvorstand West zu engagieren und mich jetzt auch auf Bundesebene einzubringen.

Meine Ziele

Wenngleich die Aufgaben, welche derzeit im Bundesvorstand bearbeitet werden, äußerst vielseitig und vielschichtig sind, so stehen für mich zwei wesentliche Aspekte im Vordergrund: Wir alle verfolgen das gleiche Ziel, arbeiten dabei ehrenamtlich und bringen unsere Freizeit mit ein. Entsprechend muss die Arbeit des Bundesvorstandes so ausgerichtet sein, dass er die Arbeit der Kreise und der Sachausschüsse weitestgehend entlastet und die Bürokratie möglichst gering hält. Nur so können wir die Motivation weiter aufrechterhalten und die Hemmschwelle für ein Engagement bei uns senken. Die unterschiedlichen Formate der GKS wie die Themenwochenenden, Akademieveranstaltungen und Sachausschüsse haben sich bewährt, allerdings sprechen sie offensichtlich nicht die breite Masse der jüngeren Generationen an. Wir müssen Formate finden und entwerfen, um auch für junge Soldaten attraktiv und interessant zu sein. Hierbei müssen wir auch flexibel sein und dürfen nicht in unseren Strukturen gefangen sein. Nur so sind wir in der Lage, den Bestand unserer gemeinsamen Idee und Zielsetzung langfristig zu sichern.

Auf die vor uns liegende gemeinsame Zeit des Austausches, der Zusammenarbeit und des Schritts in die Zukunft freue ich mich.



Foto: GKS

„Die Mitarbeit im Bundesvorstand ermöglicht mir, aktiv die Arbeit der Kreise, der Bereiche und der Sachausschüsse zu unterstützen.“

Militärdekan Bernd F. Schaller,
Geistlicher Beirat der Gemeinschaft
Katholischer Soldaten auf Bundesebene



„Verantwortung muss übernommen werden“

Im Kommunikationszeitalter benutzen Menschen täglich Wörter und Begriffe, deren Bedeutung scheinbar so selbstverständlich ist, dass man sie in aller Regel nicht näher unter die Lupe nimmt. Und doch ist es manchmal hilfreich, an klassischen „Wort-Orten“ Grundlegendes zu heben. Der Duden definiert Verantwortung als „Verpflichtung, dafür zu sorgen, dass (innerhalb eines bestimmten Rahmens) alles einen möglichst guten Verlauf nimmt, das jeweils Notwendige und Richtige getan wird und möglichst kein Schaden entsteht“ und als Verpflichtung, für etwas Geschehenes einzustehen und sich zu verantworten. Verantwortung wird aus dem Lateinischen vom Wort „respondeo“ abgeleitet, was so viel heißt wie ein Gegenversprechen leisten, versichern, zusagen.

An dieser Stelle wird deutlich, dass Verantwortung nicht plötzlich im Raum steht, nichts Beliebiges ist, sondern immer auf etwas bereits Vorhandenes, ein Gegenüber verweist, im Zusammenhang zu etwas steht. Verantwortung ist also zwingend an eine Beziehung zu Situationen oder Menschen gebunden. Erlebnis, Erfahrung im weitesten Sinn, aber auch Konfrontation sind unabdingbar mit dem Begriff verknüpft. Wenn uns spätestens hier die Erkenntnis käme, dass die Verantwortung zum menschlichen Leben gehöre, dann hätten wir vieles richtig gemacht. Die Folge davon wäre, dass Menschsein nicht ohne Verantwortung zu denken und zu leben ist. Leben, Menschsein ist also in all den Facetten automatisch eine Zusage, für das Leben einzustehen. Da der Mensch sich aber als soziales Wesen versteht, er in seiner Existenz auf ein Gegenüber angewiesen ist, ergibt sich darüber hinaus gleichzeitig, dass Verantwortung nicht ohne den anderen möglich ist. Ein hoher Anspruch, der nicht zwingend von Leichtigkeit und Vergnügen begleitet wird.

Die Erkenntnis, dass der Mensch für sich und andere verantwortlich ist, stellt noch keine Endgültigkeit dar. Verantwortung muss zum einen wahrgenommen, zum anderen aber auch übernommen werden! Festzustellen, dass ich eigentlich verantwortlich für etwas oder jemandem bin, die

konkrete Umsetzung des Wortes aber nicht leisten kann und mich der Verantwortung entziehe, ist zwangsläufig ein Schuldeingeständnis. Das kann nicht geleugnet oder wegdiskutiert werden. Meiner Erkenntnis Taten folgen zu lassen lässt sich durch nichts ersetzen! Und in der Tat (im wahrsten Sinne des Wortes!) erlebt es jeder von uns, wie er täglich gefordert ist, Verantwortung zu übernehmen für sich, für die Familie im persönlichen Umfeld, im beruflichen Alltag genauso wie in der Freizeit, im Engagement für die Gesellschaft und Kirche – zunächst also in einer überschaubaren Welt. Daraus kann Größeres entstehen. Gerade in den ständig wachsenden Herausforderungen in der Welt – Soldaten erleben das nicht nur in zahlreichen Auslandseinsätzen und Missionen – gilt es, Verantwortung

im großen Stil zu übernehmen. Wenn ich zur Menschheitsfamilie gehöre, dann kann die Verantwortung nicht bei mir haltmachen, dann trage ich sie auch für andere, die diese Menschheit ausmachen und prägen. „*Responsibility to Protect*“ ist also nicht nur eine häufig verwendete Begrifflichkeit in der nationalen und vor allem internationalen Sicherheitspolitik, sondern ein Auftrag an alle Menschen insbe-

sondere an uns Christen für einander Verantwortung zu übernehmen. Dies ist ganz im Sinne der pastoralen Konsultation über die Kirche in der Welt von heute („Gaudium et spes“), wo beispielsweise in Artikel 55 zu lesen ist:

„Immer mehr wächst in der ganzen Welt der Sinn für Autonomie und zugleich für Verantwortlichkeit, was ohne Zweifel für die geistige und sittliche Reifung der Menschheit von größter Bedeutung ist. Diese tritt noch deutlicher in Erscheinung, wenn wir uns die Einswerdung der Welt und die uns auferlegte Aufgabe vor Augen stellen, eine bessere Welt in Wahrheit und Gerechtigkeit aufzubauen. So sind wir Zeugen der Geburt eines neuen Humanismus, in dem der Mensch sich vor allem von seiner Verantwortung für seine Brüder und die Geschichte her definiert.“ ■

„Das Menschsein ist
eine Zusage,
für das Leben einzustehen“

Als die Außenminister der Vereinigten Staaten, Kanadas und zehn westeuropäischer Staaten am 4. April 1949 zusammenkamen, um einen Verteidigungspakt zu unterzeichnen, schrieben sie Geschichte. Kaum vier Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs verpflichteten sich die USA und Kanada zum militärischen Schutz Westeuropas. Damit erteilten sie nicht nur isolationistischen Versuchungen eine Absage; sie beendeten zugleich die europäische Praxis rasch wechselnder Allianzen und geheimer Absprachen, die oft in die Katastrophe geführt hatte. Der amerikanische Kommentator Walter Lippmann lieferte die beste Charakterisierung dieser atlantischen Revolution: Der Pakt beschreibe eine Interessengemeinschaft, die älter als der Konflikt mit der Sowjetunion sei und diesen Konflikt auch überdauern werde.

70 JAHRE NATO

Rückblick und Ausblick

Autor: Michael Rühle

Lippmann sollte Recht behalten. Die von ihm beschriebene atlantische Gemeinschaft hat weitaus länger Bestand als sich ihre Gründerväter je hätten träumen lassen. Doch sieben Jahrzehnte erfolgreicher transatlantischer Zusammenarbeit sagen nur wenig über die Zukunft der NATO aus. Gewiss, die Zahl der NATO-Mitgliedstaaten hat sich seit der Gründung der Allianz fast verdreifacht und das Bündnis ist inzwischen weit über eine reine kollektive Verteidigungsallianz hinausgewachsen. Doch die atlantische Allianz sieht sich heute mit Herausforderungen konfrontiert, die kaum noch etwas gemeinsam haben mit der Zeit, in der sie entstand. Angesichts von russischem Revisionismus, amerikanischen Rückzugsimpulsen, aufstrebenden neuen Mächten und des janusköpfigen technologischen Fortschritts steht die NATO heute an einem Wendepunkt aus mehreren Gründen.

ERSTENS sind alle drei Hauptannahmen, auf denen die Entwicklung der NATO nach dem Kalten Krieg beruhte, in sich zusammengebrochen. Die Annahme, dass Russland kooperativ bleibt, wurde auf der Krim und im Donbass begraben. Gleiches gilt für die zweite Annahme: Die Erweiterung der westlichen Institutionen ließe sich mit den Interessen Russlands in Einklang bringen. Wenn bereits der Wunsch der Ukraine nach einer Assoziation mit der Eu-

ropäischen Union für Russland den Casus Belli bedeutet, ist die Vision eines „Europe whole and free“ vorerst nicht realisierbar. Die ambivalenten Ergebnisse der Afghanistan-Mission haben zudem noch eine dritte Annahme entkräftet: die Annahme, die NATO würde nach dem Kalten Krieg ihre Legitimität weitgehend aus der Durchführung großer Krisenbewältigungsoperationen außerhalb Europas beziehen. Die Zeit, in der sich die Entwicklung der NATO auf vorgegebenen Bahnen zu vollziehen schien, ist vorbei.

ZWEITENS kann die Rückbesinnung der NATO auf kollektive Verteidigung und Abschreckung gegenüber Russland nicht mehr – wie einst im Kalten Krieg – die einzige strategische Aufgabe der NATO sein. Russland ist nicht die Sowjetunion; Putin ist nicht Stalin. Die russische Herausforderung ist in erster Linie regional; ein massiver Angriff, bei dem die Truppen des Warschauer Paktes bis an den Atlantik vorstoßen sollten, ist nicht mehr das bestimmende Konfliktbild. Darüber hinaus unterscheidet sich die strategische Perspektive der südlichen NATO-Mitglieder deutlich von jenen der osteuropäischen Verbündeten: Instabilität in Nordafrika und im Nahen Osten könnte sich weitaus stärker auf ihre Sicherheit auswirken als ein wiedererstarktes Russland. Anders formuliert: Im Zeitalter der Globalisierung ist die Rückkehr der NATO zu einer „single issue“-Allianz unmöglich geworden.

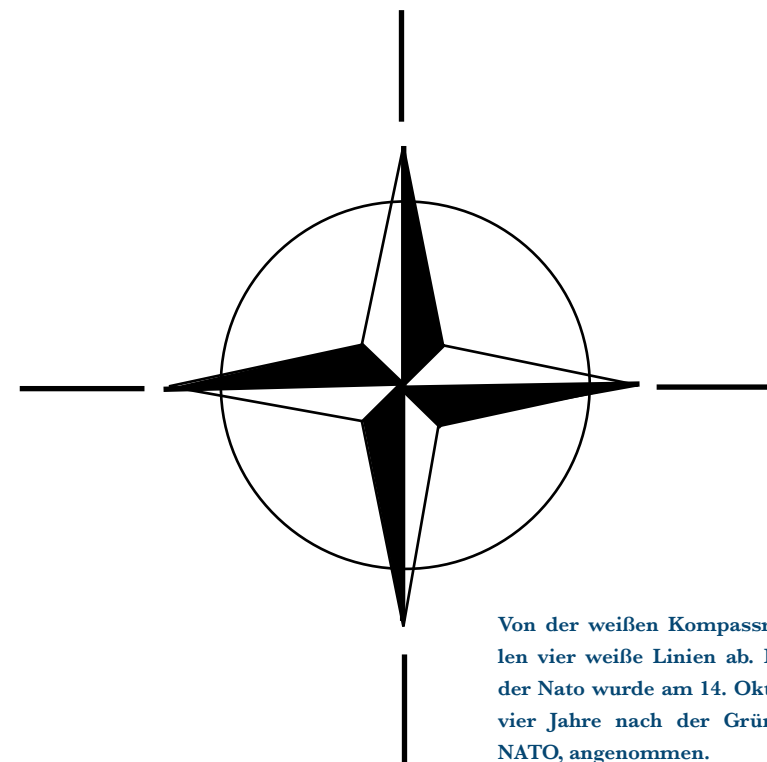
Der schmerzhaft Spagat zwischen Abschreckung im Osten und Stabilitätstransfer in den Süden ist unausweichlich geworden, wenn die NATO weiterhin allen Verbündeten eine sicherheitspolitische Heimat bieten will.

DRITTENS, der Charakter vieler Bedrohungen des 21. Jahrhunderts macht einen Großteil des traditionellen Ansatzes der NATO in Bezug auf politische Entscheidungsfindung und militärische Planung zunichte. Die Zeit, in der Frieden, Krise und Konflikt drei voneinander klar zu unterscheidende Phasen darstellten, ist vorbei. Cyberangriffe treffen die Nationen unterhalb der Schwelle eines kinetischen Angriffs; Social-Media-Kampagnen schaffen alternative Wirklichkeiten und versuchen so, politische Gemeinschaften zu destabilisieren, ohne dass ein einziger Soldat eine einzige Grenze überschreitet; und die „hybride“ Kombination von militärischen und nichtmilitärischen Instrumenten verwischt die Grenze zwischen Frieden und Krieg und macht damit einvernehmliche Entscheidungen im Bündnis weitaus schwieriger.

VIERTENS, die Vereinigten Staaten verlieren die Geduld mit den aus ihrer Sicht viel zu geringen militärischen Leistungen der europäischen Verbündeten. Präsident Trump artikuliert diese Ungeduld zwar in einer ungewöhnlich scharfen Weise, doch bereits die Brandrede des amerikanischen Verteidigungsministers Robert Gates in Brüssel 2011 zeigte, wieviel Unmut sich selbst bei traditionellen Atlantikern in einer von den Demokraten gestellten Regierung über die europäische „underperformance“ aufgestaut hatte. Der erste SACEUR der Allianz und spätere amerikanische Präsident Eisenhower hatte bereits 1951 die Auffassung vertreten, dass das Projekt NATO gescheitert sei, wenn es nicht gelänge, die amerikanischen Truppen binnen zehn Jahren aus Europa abzuführen. Ein solcher Abzug bleibt nach wie vor unwahrscheinlich, aber die USA werden die NATO künftig viel stärker am Willen und den Fähigkeiten der Europäer bemessen, in die NATO zu investieren. Anders formuliert: Die von den Europäern so gefürchtete Debatte über die transatlantische Lastenteilung wird nicht mehr aufhören.

FÜNFTENS, das internationale Umfeld wird wieder zunehmend von strategischer Konkurrenz geprägt. Die Post-Cold-War-Ära, die einen erfolgsverwöhnten Westen glauben ließ, der Rest der Welt werde sich über kurz oder lang sein Modell zu eigen machen, ist zu Ende. Aufstrebende Akteure wie China sehen in westlichen Vorstellungen von Demokratie und Pluralismus kein Vorbild, das sich nachzuahmen lohnt. Im Gegenteil. Manches spricht dafür, dass das chinesische Modell mit dem westlichen zunehmend in Konkurrenz treten wird. Und im Westen selbst zeigen die Krise der EU sowie die Sympathie erheblicher

Teile der Gesellschaften für autoritäre politische Führer, dass die Annahme, Errungenschaften wie der europäische Integrationsprozess seien unumkehrbar, getrogen hat. Anders formuliert: Die Macht des Westens, die globale Agenda weiterhin maßgeblich zu prägen, schwindet. >>



Von der weißen Kompassrose strahlen vier weiße Linien ab. Die Flagge der Nato wurde am 14. Oktober 1953, vier Jahre nach der Gründung der NATO, angenommen.

Illustration: N. Schley

Der Handlungsbedarf

Vor diesem Hintergrund verbietet sich jeder Triumphalismus von selbst. Die Verbündeten dürfen zu Recht stolz auf das Erreichte sein, doch der Erfolg der NATO bestimmt sich nicht mehr nach den Maßstäben von 1949. Ob die NATO weiterhin eine wichtige Rolle als transatlantisches Handlungs- und Gestaltungsinstrument spielen wird, wird sich daran zeigen, wie rasch und umfassend sich das Bündnis auf das neue Sicherheitsumfeld einstellt. Auch hier gibt es mehrere Bereiche, in denen Handlungsbedarf besteht.

1. DIE NATO MUSS VON DEN VERBÜNDETEN

nicht nur als militärisches Koordinationsinstrument, sondern auch als politisches Forum verstanden werden, in dem alle sicherheitsrelevanten Themen diskutiert werden können. Wer wirklich vorausschauend diskutieren will, darf sich allerdings nicht nur auf die Themen beschränken, welche die NATO unmittelbar militärisch involvieren. Im Gegenteil: Politische Diskussionen in der NATO müssen von dem Generalverdacht befreit werden, sie dienten letztlich nur der Vorbereitung militärischer Operationen. Es sollte gerade in der Natur strategischer Diskussionen liegen, auch solche Fragen zu erörtern, die keine unmittelbare militärische, wohl aber sicherheitspolitische Relevanz haben, beispielsweise die vielfältigen Implikationen des Aufstiegs Chinas, die politischen und wirtschaftlichen Folgen des Klimawandels oder die Konsequenzen fallender Ölpreise für Energieproduzenten im Nahen Osten. Unterstützt werden muss eine solche Diskussionskultur durch mehr nachrichtendienstlichen Austausch sowie interne Analysen über langfristige politische, wirtschaftliche und technologische Entwicklungen.

2. DIE NATO MUSS SICH STÄRKER

mit dem technologischen Fortschritt und den dadurch entstehenden neuen Konfliktformen auseinandersetzen. Dazu gehören die „hybride“ Kriegführung, wie sie Russland bei der Annexion der Krim vorexerzierte, Cyberangriffe sowie die politische Einflussnahme durch feindselige Informationskampagnen. Hier müssen die NATO-Mitgliedstaaten größere Anstrengungen unternehmen, um die Widerstandsfähigkeit („Resilienz“) ihrer Gesellschaften sowie kritischen Infrastrukturen zu stärken. Zugleich muss die Frage nach der Abschreckung solcher Angriffe – etwa durch die Bereitschaft, die Angreifer gemeinsam öffentlich zu benennen – näher untersucht werden. Die Partnerschaft mit anderen Institutionen wie der Europäischen Union, aber auch mit dem privaten Sektor muss vertieft werden, um hybride Angriffe früher zu erkennen und schneller auf sie reagieren zu können. Und schließlich muss sich die NATO auch weitaus umfassender mit neuen Entwicklungen in den Bereichen Software (künstliche Intelligenz) und Rüstungstechnologie (autonome Waffensysteme) befassen. Diese Technologien könnten sich zwar militärisch als vorteilhaft erweisen, doch werfen

sie zahlreiche operative, rüstungskontrollpolitische und ethische Fragen auf, die es zu beantworten gilt.

3. DIE NATO MUSS IHR NETZWERK aufrechterhalten. Der unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges begonnene Aufbau von Beziehungen zu inzwischen etwa 40 Nicht-NATO-Staaten ist einer der größten Erfolge in der Geschichte des Bündnisses. Die Partner trugen maßgeblich zu NATO-geführten Operationen wie in Afghanistan bei und erhöhten somit deren Legitimität und militärische Schlagkraft. Die NATO und manche ihrer Partnerstaaten wurden dadurch nicht nur militärisch interoperabel, sondern auch politisch. Mit der Rückbesinnung der NATO auf die kollektive Bündnisverteidigung gegenüber Russland steigt jedoch das Risiko, dass die Partner – abgesehen von Schweden und Finnland – ihr Interesse an einer engen Zusammenarbeit mit dem Bündnis verlieren könnten. Dieser Entwicklung muss durch neue Initiativen entgegengesteuert werden. Die nächste Krisenoperation der NATO – und damit die Unterstützung durch Partnerstaaten – könnte nämlich schneller notwendig werden als gemeinhin vermutet.

4. DIE NATO MUSS GEGENÜBER RUSSLAND

an ihrem Doppelansatz aus Abschreckung und Dialog festhalten. Die Ereignisse der letzten Jahre haben einmal mehr gezeigt, dass Russland Europas größte Sicherheitsvariable bleibt: Kein anderes Land hat größeren Einfluss auf die Sicherheit des Kontinents. Und nicht nur dies. Als ständiges Mitglied des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen kann Russland UN-mandatierte Krisenoperationen der NATO durch sein Veto verhindern. Die NATO muss deshalb auf die konfrontative Politik Russlands in Europa reagieren, ohne dabei zugleich das übergeordnete Ziel aus den Augen zu verlieren: den Erhalt einer auf Regeln beruhenden Ordnung, von der alle Staaten gleichermaßen profitieren. Russland hat am Aufbau dieser Ordnung zwar mitgewirkt, stellt aber inzwischen selbst solche unveräußerlichen Prinzipien infrage – darunter auch das Recht auf freie Bündniswahl –, denen man zuvor ausdrücklich zugestimmt hatte. Es erscheint gegenwärtig nahezu unmöglich, mit Russland in diesen Fragen ein neues Einvernehmen zu finden. Doch die aktuelle russische Politik muss nicht ewig währen. Es bleibt deshalb wichtig, dass das Bündnis neben dem Aufbau einer glaubwürdigen Verteidigung seiner Mitglieder ebenso glaubwürdig seine Bereitschaft zum Dialog mit Russland unterstreicht. Dies ist zum einen dem Imperativ der politischen Berechenbarkeit geschuldet. Dialogbereitschaft ist aber auch erforderlich, um den eigenen Gesellschaften glaubwürdig zu signalisieren, dass zumindest dem Westen nicht an einem neuen Kalten Krieg gelegen ist.

5. DIE NATO MUSS DIE TRANSATLANTISCHEN

Beziehungen neu austarieren helfen. Die Krise zwischen der Ukraine und Russland hat die einzigartige Rolle der USA als Garant der Europäischen Sicher-



Der deutsche Außenminister Heiko Maas mit dem NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg. Foto: NATO

heit einmal mehr in Erinnerung gerufen. Die rasche Verlegung amerikanischer Truppen und militärischen Geräts nach Osteuropa hat gezeigt, wie sehr sich die USA noch immer als „europäische Macht“ verstehen. Doch die Gruppe der traditionellen Atlantiker in den USA schrumpft – und die Kritik an der nach amerikanischer Ansicht zutiefst unfairen Lastenteilung im Bündnis wird lauter. Aus diesem Grund führt an einer Erhöhung der europäischen Verteidigungshaushalte kein Weg vorbei. Gleiches gilt für den Ausbau der Fähigkeiten der Europäer, auch weiterhin jenseits der kollektiven Bündnisverteidigung gemeinsam mit den USA militärische Kriseneinsätze durchführen zu können. Ob die jüngsten europäischen Schritte wie der Verteidigungsfonds der EU-Kommission oder die französisch inspirierte Europäische Interventionsinitiative die richtigen Signale an Washington senden, wird sich erst dann zeigen, wenn sie zu einer signifikanten Zunahme europäischer Fähigkeiten führen. Bleibt Europa hingegen in seinen traditionellen Reflexen gefangen, wird es keine Fortschritte geben. Ein Europa, das sich zwar rhetorisch selbstbewusst gibt („Strategische Autonomie“), aber militärisch nicht liefert, würde die transatlantische Partnerschaft genauso auf Spiel setzen wie ein auf sich selbst bezogenes Amerika.

FAZIT: Die zunehmend komplexe internationale Sicherheitslage und insbesondere die antiwestliche Politik Russlands haben die Bedeutung einer transatlantischen Sicherheitsallianz wieder nachdrücklich in Erinnerung gerufen. Daraus jedoch den Schluss zu ziehen, die Zukunft der NATO sei auf Jahrzehnte hinaus gesichert, wäre verfehlt. Wenn das Bündnis Bestand haben soll, muss es sich auf vielfältige Weise verändern – politisch ebenso wie militärisch. Zu dieser Neuorientierung gehört auch die Erkenntnis, dass es im Zeitalter globalisierter Bedrohungen eine Rückkehr zum „eurozentrischen“ Bündnis des Kalten Krieges nicht mehr geben kann. Der Westen braucht künftig eine Allianz, die global denkt und vernetzt handelt. ■

Der Autor

Michael Rühle leitet das Referat „Hybride Herausforderungen und Energiesicherheit“ in der NATO-Abteilung für neue Sicherheits Herausforderungen. Er gibt ausschließlich seine persönliche Meinung wieder.

Nach Hitler-Deutschland: In Verantwortung für einen freiheitlich-demo- kratischen Staat

Autor: Stephan Toscani

Für die ersten Politiker der Nachkriegszeit stand die Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln, Wohnungen und Arbeit im Mittelpunkt sowie der Aufbau einer Infrastruktur, die Entnazifizierung, die Einführung einer neuen Währung, die Bewältigung der Flüchtlingsströme und die Integration der Flüchtlinge und Vertriebenen in ein weitgehend zerstörtes Land. Gleichzeitig hatten die Politiker über Möglichkeiten und Formen politischer Willensbildung nachzudenken und eine Verfassung zu schaffen, welche die Schwächen der Weimarer Verfassung vermied. Die Weimarer Verfassung wollte repräsentative, präsidiale und plebiszitäre Prinzipien vereinigen. Kurzum: Es ging um den Aufbau stabiler westlich-demokratischer Verhältnisse in Deutschland mit einer sozialen Marktwirtschaft. Im Jahr 1949 war das Ziel, mit dem Grundgesetz die Basis zu legen für eine wehrhafte Demokratie, die auch mit inneren Gegnern des Staates fertig werden konnte. Sind die Mütter und Väter des Grundgesetzes mit dieser Verfassung ihrer Verantwortung gegenüber der Geschichte und ihrer Verantwortung für einen freiheitlichen Staat gerecht geworden?

Ich denke ja, sind sie! Das Grundgesetz und die soziale Marktwirtschaft haben unsere Demokratie bisher stabil und wehrhaft gemacht. Wir haben uns daran gewöhnt, De-

mokratie und Rechtsstaatlichkeit für selbstverständlich und immerwährend zu halten. Aber die Geschichte zeigt, dass es immer wieder Bedrohungen gibt: Offene Gesellschaften haben Feinde, zu allen Zeiten. Deshalb braucht es einen im guten Sinne starken Staat, der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit mit seinen Institutionen auch in schwierigen Zeiten zu verteidigen vermag. Das ist neben zivilgesellschaftlicher Achtsamkeit und Wachsamkeit genauso wichtig.

Innere Führung und der Staatsbürger in Uniform

Ganz neu wurde die Rolle des Militärs definiert. Schon früh gab es in der Bundesregierung Pläne für eine Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, die besonders in der Bevölkerung, aber auch in der Regierung umstritten war. Erinnert sei hierbei an den damaligen Bundesinnenministers Gustav Heinemann, der aus Protest gegen die geplante Wiederbewaffnung 1950 zurücktrat.

Sowohl Politiker als auch Militärs waren sich ihrer Verantwortung gegenüber der Geschichte und auch ihrer Verantwortung für die freiheitliche Demokratie bewusst. Ein nahtloses Anknüpfen an die Wehrmacht oder die Reichswehr verbot sich vor dem Hintergrund der Rolle, welche die Reichswehr in der Weimarer Republik gespielt hatte. Sie verbot sich vor allem auch wegen der Verbrechen, die



Foto: Thomas Brandt | Flickr.com/Wir. Dienen. Deutschland./CC BY-ND 2.0

„Vielen jüngeren Soldaten scheint das Konzept Innere Führung nicht für eine Armee geeignet zu sein, die kämpfen und auch töten muss. Sie fordern ein neues Leitbild für Soldaten. Hier bedeutet Verantwortung, ehrlich mit der Gesellschaft und mit den Soldaten umzugehen; offen die Ziele der Kampfeinsätze und die Mittel, mit denen diese erreicht werden sollen, zu diskutieren.“

im Zweiten Weltkrieg auf das Konto der Wehrmacht gingen. Vielmehr sollte das Menschenbild des Grundgesetzes auch für die Soldaten verbindliche Grundlage für ihren Dienst werden. So entstand – entwickelt in erster Linie von Wolf Graf Baudissin – das Konzept der Inneren Führung mit dem Leitbild des Soldaten als Staatsbürger in Uniform.

Dies war der Versuch, das Werte- und Normensystem des Grundgesetzes mit den Grundsätzen von Führung, Ausbildung und Bildung in der Bundeswehr zu verbinden. Gleichzeitig wurde das Amt des Wehrbeauftragten geschaffen, der im Auftrag des Parlaments über die Einhaltung der Grundrechte der Soldaten und über das Einhalten der Grundsätze der Inneren Führung wacht. Wichtig ist, dass ihn jeder Soldat direkt ansprechen kann. Die junge Bundesrepublik setzte auf Soldaten, die nicht blind Befehle ausführen und blind gehorchen. Im Gegenteil! Sie sollen ihren Verstand ge-

brauchen und auch im Einsatz prüfen, ob die rechtlichen Vorgaben und die Befehle miteinander in Einklang zu bringen sind. Widerstand gegen Befehle, welche die Menschenrechte verletzen, ist möglich. Nie wieder sollte sich ein deutscher Soldat auf Befehlsnotstand berufen können.

Ein weiterer wichtiger Punkt: Die Bundeswehr darf keinen Angriffskrieg führen, denn von deutschem Boden sollte nie wieder Krieg ausgehen. Sie ist als Verteidigungsarmee konzipiert sowie als Parlamentsarmee, denn nur das Parlament kann über ihren Einsatz entscheiden.

Die Politik und diejenigen ehemaligen Wehrmachtsangehörigen, die beim Aufbau der Bundeswehr mitgearbeitet haben, sind ihrer Verantwortung gegenüber der deutschen Geschichte gerecht geworden: Sie waren sensibel gegenüber den Befürchtungen aus der Gesellschaft. Außerdem haben sie die notwendige Härte gegenüber denjenigen gezeigt, die Befehle und unbeding-

ten Gehorsam an die erste Stelle setzen wollten. Auch die Einbindung der früheren Mitglieder der NVA scheint gelungen, obwohl die NVA auch immer dazu da war, die Herrschaft der SED zu sichern. Die NVA durfte auch gegen die Bürgerinnen und Bürger der DDR eingesetzt werden. Im Herbst 1989 erfüllte die NVA ihre vorgesehene Rolle als Bürgerkriegsarmee glücklicherweise nicht.

In letzter Zeit flammen vor dem Hintergrund der Auslandseinsätze unserer Soldaten die Auseinandersetzungen über die Innere Führung wieder auf. Die Diskussion dreht sich um die Frage: Passen die Prinzipien der Inneren Führung zu einer Armee, die sich in Auslandseinsätzen befindet? Vielen jüngeren Soldaten scheint das Konzept „Innere Führung“ nicht für eine Armee geeignet zu sein, die kämpfen und auch töten muss. Sie fordern ein neues Leitbild für Soldaten. Sie haben den Eindruck, dass sie sich nicht offen und ehrlich in die gesellschaft-

liche Diskussion über Kampfeinsätze einbringen dürfen. Zwei Drittel der Bevölkerung sind gegen den Einsatz in Afghanistan – und wer weiß heute, was für Einsätze morgen beschlossen werden? Hier bedeutet Verantwortung, ehrlich mit der Gesellschaft und mit den Soldaten umzugehen; offen die Ziele der Kampfeinsätze und die Mittel, mit denen diese erreicht werden sollen, zu diskutieren. Das ist der einzig sinnvolle und demokratisch legitimierte Weg, unterschiedliche Interessen in Einklang zu bringen bzw. unter ihnen zu entscheiden.

Sich erinnern um der Vergangenheit willen – sich erinnern um unserer Gegenwart und Zukunft willen

Im Zusammenhang mit ökonomischer Unsicherheit, Zukunftsangst und insbesondere der Angst vor der Globalisierung werden neue Feindbilder gemalt und alte herausgeholt aus der Mottenkiste der Geschichte. Öffentlich werden demokratiefeindliche Ziele definiert und eine Sprache gesprochen, die wir längst vergessen glaubten. Wichtig ist, aus der Vergangenheit zu lernen. Wir dürfen aber vor allem auch den Widerstand gegen das NS-Regime in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen nicht vergessen. Die eine Richtung unseres Erinnerns zielt in die Vergangenheit: Es geht darum, mit der Vergangenheit wahrhaftig umzugehen; darum, den Opfern ihre Würde zurückzugeben; die Würde, die ihnen auf furchtbare Art genommen wurde. Es geht darum, an die Namen der Opfer zu erinnern, sie vor dem Vergessen zu bewahren. Verfolgung, Unterdrückung und Mord haben nicht nur an weit entfernten Orten stattgefunden wie in Auschwitz. Nein, die Unterdrückung war sichtbar. Sie hat mitten in der Bevölkerung stattgefunden. Wir müssen uns bewusst sein: Der Firnis der Zivilisation ist dünn. Unsere Zivilisation, auf die wir stolz sind, ist nicht für alle Zeiten gesichert. Darum ist die zweite Zielrichtung von Erinnerung ebenso wichtig: sich erinnern um unserer Gegenwart und um unserer Zukunft willen.

Wenn wir die aktuellen Entwicklungen betrachten, wenn wir uns mit populistischen Tendenzen auseinandersetzen, dann muss uns bewusst sein, wie wichtig es ist, dass es eine „zivilgesellschaftliche Achtsamkeit und Wachsamkeit“ gibt. Dass es wichtig ist, dass sich Bürgerinnen und Bürger gegen die Verletzung von Menschenwürde stellen. Dass sie den Mund aufmachen, dass sie engagiert sind im Einsatz für unsere zivilisierte Gesellschaft.

Es gab auch Widerstand im Dritten Reich: durch einzelne Personen wie Georg Elser, der einen Anschlag im Bürgerbräukeller durchgeführt hat. Es gab bürgerlichen Widerstand – den Kreisauer Kreis und Widerstand von Studenten. Es gab kommunistischen, sozialdemokratischen, gewerkschaftlichen und religiös motivierten Widerstand, beispielsweise die Bekennende Kirche. Und es gab Widerstand in der Wehrmacht. In diesem Jahr erinnern wir uns besonders an das Attentat der Gruppe um Claus Schenk Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944 in der Wolfsschanze, also vor 75 Jahren. Zu dieser Gruppe gehörten nicht nur Wehrmachtsangehörige, sondern auch Mitglieder der

Funktionseliten des Dritten Reichs. So unterschiedlich wie die Herkunft der Personen, die den Mut hatten, sich zu widersetzen, war auch ihr weltanschaulicher Hintergrund. Viele sind in Vergessenheit geraten. Einige wurden auch nach dem Krieg nicht als Helden, sondern weiterhin als Verräter angesehen. Denn noch nicht alle Deutschen hatten den Krieg 1944 schon verloren gegeben. Nicht alle Widerständler hatten eine freiheitliche, rechtsstaatliche Demokratie, wie wir sie heute haben, im Sinn. Die Widerständler des 20. Juli strebten eine rechtsstaatliche, aber nicht unbedingt auch parlamentarisch-demokratische Ordnung an. An dieser Stelle möchte ich Matthias Arning zitieren, der einmal in der Frankfurter Rundschau geschrieben hat: „Es war ein langer Weg, auf dem die Männer des 20. Juli selbst erst eigene Vorurteile und Feindbilder aufgeben mussten, um zurück zu Recht und Moral zu finden. Aus diesem Prozess erwächst für die Gegenwart das Potential der Mündigkeit.“ Wir lernen für die Gegenwart und die Zukunft: Es ist die Verantwortung aller Politikerinnen und Politiker, unsere Freiheit zu sichern und sich für den wehrhaften demokratischen Rechtsstaat einzusetzen. Das ist die Verantwortung für einen freiheitlichen Staat nach dem Dritten Reich. ■

Der Autor



Foto: Stephan Toscani

Stephan Toscani ist ein deutscher Politiker. Seit März 2018 ist er Landtagspräsident im Landtag des Saarlandes. Zuvor war er von 2012 bis 2018 saarländischer Landesminister für Finanzen und Europa sowie von 2017 bis 2018 im Kabinett Kramp-Karrenbauer zusätzlich Minister der Justiz.

Standpunkt: DROHNEN DER BUNDESWEHR

Als katholische Soldatinnen und Soldaten sehen wir uns in der Pflicht, zur Frage der Bewaffnung von Drohnen Stellung zu beziehen. Die GKS

bezieht sich hierzu auf das unbemannte fliegende Waffensystem HERON TP, das umgangssprachlich auch als „Drohne“ bezeichnet wird.

Ethische und rechtliche Grundlagen

Die Achtung vor dem Leben verlangt von uns als Christinnen und Christen, jede militärische Gewaltanwendung an ethischen Grundsätzen zu messen und so weit wie möglich zu begrenzen. So verpflichten auch der Menschenrechtspakt der Vereinten Nationen und das Humanitäre Völkerrecht dazu, dass im Krieg und in bewaffneten Konflikten nur diejenige Gewaltanwendung erlaubt ist, die zur Bekämpfung des Gegners erforderlich ist. Alle beteiligten Kriegs- und Konfliktparteien sind verpflichtet, die Kriterien der militärischen Notwendigkeit, der Angemessenheit der einzusetzenden Mittel, der Vermeidung unnötigen Leidens sowie der Unterscheidung zwischen Kombattanten und Nichtkombattanten zu beachten. Gegner missachten heute in fast allen Krisenregionen und Konfliktgebieten diese Regelungen und Bestimmungen des Völkerrechts. Sie missbrauchen häufig die zivile Bevölkerung in verbrecherischer Weise als Schutzschilde und nutzen zivile Einrichtungen ohne Rücksicht als Deckung für ihre Gewaltaktionen. Ein präzises Vorgehen durch deutsche Soldatinnen und Soldaten in derartigen Situationen, wie es bewaffnete Drohnen ermöglichen, ist somit eine wichtige Voraussetzung für die Gewaltminimierung, aber auch für die Vermeidung eigener Verluste.

Völkerrecht und nationales Recht als Grenzen des Einsatzes von bewaffneten Drohnen

Die deutschen Streitkräfte werden durch Parlament, Regierung, Justiz, Öffentlichkeit und Medien umfassend kontrolliert. Kein Einsatz kann außerhalb eines vom Deutschen Bundestag erteilten Mandates stattfinden. Ein Einsatz bewaffneter Drohnen der Bundeswehr außerhalb des im jeweiligen Mandat festgelegten Einsatzraumes ist ausgeschlossen. Einsatzoptionen wie „Targeted Kill“ sind durch das deutsche Recht explizit ausgeschlossen. Wo immer auch nur der Verdacht eines Verstoßes gegen ethische Grundsätze oder rechtliche Regelungen aufkam, wurde dies konsequent durch Untersuchungsausschüsse überprüft.

Berücksichtigung in Erziehung und Ausbildung

Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr werden dazu ausgebildet, auf der Grundlage des Rechts zu handeln und

dabei ethische Imperative zu beachten. Dies gilt genauso beim Einsatz von bewaffneten Drohnen. Die Führungskultur, der hohe Anspruch rechtlicher Vorgaben sowie ethischer Auflagen in Lehre und Ausbildung der Bundeswehr sind allen Soldatinnen und Soldaten mit den Grundsätzen der Inneren Führung verbindlich vorgegeben. Damit sind die Forderungen nach Wahrung der Menschenrechte, die über das Völkerrecht hinausgehen, handlungsleitend für alle Soldatinnen und Soldaten in Kampfsituationen. Das Waffensystem HERON TP wird durch ausgebildete Pilotinnen und Piloten geführt. Gleichwohl stellen die Besonderheiten des Einsatzes von bewaffneten Drohnen in Form von Reach-Back-Einsätzen neue Fragen, z. B. nach der Verantwortung der für die unmittelbaren Gewalthandlungen zuständigen Soldatinnen und Soldaten und deren ggf. psychologischer Belastung. Die besonderen Bedingungen eines Einsatzes von bewaffneten Drohnen müssen in Ausbildung, Einsatzvor- und -nachbereitung unserer Soldatinnen und Soldaten, insbesondere auch bei den verantwortlichen Vorgesetzten, Beachtung finden.

Bewaffnete Drohnen als Schutz

Ein von einer Drohne abgefeuerter Flugkörper unterscheidet sich durch nichts von einem anderen abgefeuerten Flugkörper und ist auch keine im humanitären Völkerrecht verbotene Waffe. Bewaffnete Drohnen dienen vor allem dem Schutz. Drohnen verfügen über bessere Überwachungs- und Auswertefähigkeiten und sind daher besonders geeignet, Opfer unter der Zivilbevölkerung zu vermeiden. Darüber hinaus bieten sie aufgrund ihrer hohen Stehzeit im Einsatzgebiet optimalen Schutz für unsere Soldatinnen und Soldaten.

Fazit

Bewaffnete Drohnen ermöglichen eine bessere Umsetzung der ethischen Forderung nach Gewaltminimierung. Deshalb fordern wir als GKS, bewaffnete Drohnen in die Bundeswehr einzuführen. Bei allen Einsätzen von bewaffneten Drohnen muss immer ein Mensch über die unmittelbare Auslösung der Waffen entscheiden. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen im Bereich der Künstlichen Intelligenz wird sich die GKS mit diesen Themen weiter beschäftigen. ■



Der Jesuitenpater Klaus Mertes machte einen der größten Missbrauchsfälle in der katholischen Kirche öffentlich. Im Jahr 2010 wurden Hunderte Fälle sexuellen Missbrauchs von Schülern durch zwei Patres am Canisius-Kolleg bekannt. Pater Mertes forderte ehemalige Schüler aus den Siebziger- und Achtzigerjahren auf, ihm über ihre Erfahrungen zu berichten. Das löste hierzulande eine Aufklärungswelle aus. Inzwischen sei der Aufklärungsdruck in der katholischen Kirche beim Thema sexueller Missbrauch „ganz oben angekommen“, sagte er in einem Interview mit dem Domradio.

DU bist jetzt dran!

Autor: Klaus Mertes

Im Begriff der „Verantwortung“ steckt der Begriff „Antwort“. Verantwortung übernehmen bedeutet, auf eine herausfordernde Situation zu antworten. Gerade weil Verantwortung einen antwortenden Charakter hat, hat sie nichts mit eigenmächtiger Kompetenzanmaßung zu tun. Wer Verantwortung übernimmt, tut es deswegen, weil er oder sie nicht

mehr in den Spiegel schauen könnte, wenn er sie nicht übernähme. Verantwortung und Selbstachtung gehören zusammen. Ein Leben, in dem man keine Verantwortung übernimmt, sondern am Rande sitzen bleibt und nur kommentiert, bleibt an der Oberfläche und verschließt sich tieferen Sinneserfahrungen. >>

Nehmen wir mal an, eine ertrinkende Person winkt mit einer Planke. Hätte ich ein steinernes Herz, würde ich mich nicht herausgefordert fühlen, zu der Person zu schwimmen, um sie zu retten. Zugleich sind jedoch mehrere Gedanken denkbar, die mich zögern lassen könnten, zu helfen. Ich könnte es eilig haben und fürchten, einen Termin zu verpassen, wenn ich mich von der Rettungsaktion ablenken lassen würde. Ich könnte auf die anderen Boote schauen, die ebenfalls auf See paddeln und ihnen die Angelegenheit überlassen. Ich könnte glauben, für derartige Situationen sei der Rettungsdienst am Strand zuständig. Ich könnte so tun, als hätte ich nichts gesehen, um mich vor dieser Aktion zu drücken, die vielleicht auch für mich gefährlich werden könnte. Diese Gedanken lenken von dem Ruf in die Verantwortung ab, der lautet: „Du bist jetzt dran!“

Warum sehen die einen und sehen doch nicht?

Im Evangelium gibt es eine berühmte Geschichte: Ein Mann ist überfallen und ausgeraubt worden. Nun liegt er verwundet und hilfsbedürftig am Wegesrand. Zwei Personen von höherer Stellung, ein Priester und Levit, kommen des Wegs. Sie sehen den Mann liegen, doch sie gehen weiter. Ein Mann aus Samarien, ein in dieser Gegend fremder und verachteter Menschenschlag, sieht ihn, bleibt stehen und hilft. Warum sehen die einen und sehen doch nicht? Warum sieht der eine und lässt sich bewegen? Woher kommt seine Motivation, Bedenken, Barrieren und Fremdheitsgefühle zu überwinden und dem Verwundeten Hilfe anzubieten, ohne auf Äußerlichkeiten und persönliche Nachteile zu achten?

Verantwortung verändert den, der sie übernimmt.

Der französische Philosoph Emmanuel Levinas hat für derartige Situationen ein Bildwort geprägt, das den geheimnisvollen Moment des Rufes in die Verantwortung trifft. Die Person, die durch den Anblick des anderen herausgefordert wird, ist nicht frei dazu, die Verantwortung nicht zu übernehmen. Sie ist die „Geisel des anderen.“ Zwar könnte der Ruderer sich innerlich der ertrinkenden Person zuwenden und sagen: „Ich lasse mich von niemandem unter Druck setzen, auch nicht von Dir. Ich treffe meine Entscheidung souverän. Ich bin frei, wenn ich will, auch weiter zu rudern.“ Aber wer das so sieht, übersieht Wesentliches: Erstens will die Person, die mit der Planke winkt, den anderen nicht moralisch unter Druck setzen, genauso wenig, wie der ohnmächtig am Weg liegende Mann das wollte. Es ist die Not, die spricht, nicht bloß der Wille der nach Hilfe suchenden Person oder moralische Konventionen. Was mich herausfordert, ist mehr als ein Mensch, der Eigeninteressen hat, so legitim sie sein mögen. Religiös kann man hier von „Gott“ sprechen, etwas vorsichtiger formuliert vielleicht auch von einem Gewissen – ein Resonanzraum in mir, in dem nicht nur die Echos meiner eigenen Gedanken und

Interessen widerhallen. Wenn ich mich diesem „Mehr“ nicht öffne, versteinert mein Herz. Ich verfehle mein Leben und verliere um eines kurzen Vorteils willen langfristig die Selbstachtung. Wenn ich mich diesem Ruf aber öffne, verleiht er große Kraft. Das kann man aus den Geschichten der Menschen lernen, die den Ruf gehört und Verantwortung übernommen haben. Denn dies gehört zur Geschichte von Verantwortung dazu: Sie verändert auch den, der sie übernimmt.

Verantwortung beginnt meist klein – und bewirkt doch Großes

Oft trifft einen der Ruf in die Verantwortung in einer Situation, die aussichtslos und überfordernd zu sein scheint – und es auch vielleicht tatsächlich ist. Ich sitze in der Straßenbahn und sehe, wie eine Gruppe betrunkenen Hooligans eine Frau bedrängt. Ich will die Frau schützen, weiß aber auch, dass ich sie nicht durch meinen körperlichen Einsatz schützen kann, weil ich der Gruppe physisch unterlegen bin. Genauso wenig würde es Sinn ergeben, als Nichtschwimmer ins tiefe Wasser zu springen, um einen Ertrinkenden zu retten. Zielführender ist es, die Strandwache zu alarmieren. Manchmal spürt man den Ruf in die Verantwortung und weiß noch nicht, wie man der Verantwortung gerecht werden kann. Dann ist Geduld gefragt, Rat, Nachdenken, Kreativität und Phantasie. Deswegen ist es auch sinnvoll, sich auf die Übernahme von Verantwortung vorzubereiten durch eine gute Ausbildung, Fortbildung, Selbstprüfung und Bereitschaft, den eigenen Horizont zu erweitern. Es gibt nämlich zwei mögliche Arten, in der Übernahme von Verantwortung zu scheitern. Zum einen, wenn man zu wenig Verantwortung übernimmt. Zum anderen, wenn man zu viel Verantwortung übernimmt. Beide Arten des Scheiterns können auch ineinander greifen. Wenn sich aber der Ruf in die Verantwortung und die Antwort darauf in einer guten Weise treffen, dann erwächst daraus Kraft und Unermüdlichkeit, gegen alle Widerstände anzukämpfen. Fast immer entsteht aus einer gelungenen Übernahme von Verantwortung im Ergebnis etwas Größeres als das, was ursprünglich geplant war. Als ein paar Studentinnen und Studenten 1943 aus der Position des Diskutierens und Erleidens ausstiegen und Verantwortung übernahmen, indem sie Flugblätter gegen die Nazis in der Münchner Universität verteilten, brachten die Mitglieder der „Weißen Rose“ die Diktatur zum Zittern, mehr, als sie es für möglich gehalten hätten. Ihre Flugblätter wurden in der Schlussphase des Krieges millionenfach von alliierten Flugzeugen in Deutschland verbreitet. Als in Leipzig 1989 Frauen und Männer mit Kerzen auf die Straßen gingen, fiel am Ende die Mauer. Verantwortung beginnt meist klein – und bewirkt doch Großes. Das ist die Verheißung, die mit ihr verbunden ist. ■



Seit dem 14. März 2018 ist Dr. Peter Tauber Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin der Verteidigung und unterstützt die Verteidigungsministerin bei der parlamentarischen und politischen Vertretung der Aufgaben.



„Wir Europäer müssen in der Lage sein, unsere Sicherheit zu gewährleisten“

Interview: Nadin Schley | Fotos: Tobias Koch

Sehr geehrter Staatssekretär Dr. Tauber, der französische Staatspräsident Emmanuel Macron und die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel träumen von einer „Europäischen Armee“. Eberhard Zorn, der Generalinspekteur der Bundeswehr, und die Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen sprechen eher von einer „Armee der Europäer“. Ist das ein Gegenentwurf?

Ganz im Gegenteil. Alle vier zeigen in die gleiche Richtung einer starken und handlungsfähigen EU in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung. Es ist ein riesiger Erfolg der europäischen Integrationsgeschichte, dass wir heute darüber sprechen, „wie“ wir in Europa besser und enger zusammenarbeiten wollen, nicht mehr über das „ob“. Für diesen Prozess ist der deutsch-französische Motor von enormer Bedeutung. Wir müssen und wollen an einem Strang ziehen. Der erst vor wenigen Wochen unterzeichnete „Aachener Vertrag“ zwischen Deutschland und Frankreich steht exemplarisch für dieses Streben nach gemeinsamen Visionen für ein geeintes Europa und schließt zugleich niemanden in Europa aus.

Was ist der Unterschied zwischen Macrons „Europäischer Armee“ und einer „Armee der Europäer“ – quasi eine EU-Armee obendrauf auf die nationalen Streitkräfte?

Hier können wir ganz deutlich unterscheiden zwischen der Realität der „Armee der Europäer“ und der politischen Vision der „Europäischen Armee“. Die „Armee der Europäer“ wird heute schon in ganz Europa jeden Tag gelebt. Beispiele sind das Deutsch-Niederländische Korps, die Deutsch-Französische Brigade oder die EU-Trainingsmission in Mali. An dieser rund 650 Soldatinnen und Soldaten starken Ausbildungs- und Beratungsmission sind derzeit 22 EU-Mitgliedstaaten und fünf Partnerstaaten beteiligt. Europäische Ausbilder und Berater arbeiten Seite an Seite; das Hauptquartier ist multinational geprägt. Diese inten-

sive Kooperation souveräner nationaler Streitkräfte wollen wir immer weiter ausbauen und eine Europäische Verteidigungsunion vollenden. Der Begriff der „Europäischen Armee“ steht also sinnbildlich für die politische Forderung nach einer fortschreitenden europäischen Integration im Bereich Sicherheit und Verteidigung.

Was wären die Hauptaufgaben einer „Armee der Europäer“?

Die sicherheitspolitische Lage hat sich seit 2014 deutlich verschärft und zu einem starken Anstieg realer und gefühlter Unsicherheit in ganz Europa geführt. Die NATO ist und bleibt transatlantischer Eckpfeiler der kollektiven Verteidigung und der wichtigste Handlungsrahmen unserer Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Doch die EU muss auch selbstständig für die Sicherheit und den Schutz ihrer Bürger sorgen können und gleichzeitig ein fähiger Akteur im internationalen Krisenmanagement sein. Kurzum: Wir Europäer müssen und wollen handlungsfähiger werden. Das erwarten unsere Bürger ebenso wie unsere Partner. Dafür müssen wir jedoch besser und effizienter zusammenarbeiten. Derzeit bestehen noch viel zu viele unnötige, kostspielige Doppelungen. So haben wir in Europa beispielsweise 17 Panzertypen, die USA hingegen nur einen. Es geht also darum, transatlantisch zu bleiben und europäischer zu werden.

Die Ministerin sieht den Grundstein für eine Europäische Verteidigungs- und Sicherheitsunion bereits gelegt. Im Dezember 2017 hat die EU-Verteidigungsunion die Zusammenarbeit beschlossen. Nach der Verteidigungsministerin habe sich diese Zusammenarbeit „in einem Jahr prächtig entwickelt.“ Wo genau fand denn die Zusammenarbeit statt?

Treten wir noch einmal einen Schritt zurück. Was ist die Messlatte? Wir wollen gemeinsam besser planen, besser finanzieren und besser handeln. Um das zu erreichen, haben



wir bereits die tragenden Säulen der Europäischen Verteidigungsunion gebaut: Am 11. Dezember 2017 gründeten 25 EU-Mitgliedstaaten die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (PESCO) der EU im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Mit der PESCO wurde ein politischer Rahmen geschaffen, mit dem sich die teilnehmenden Mitgliedstaaten verbindlich verpflichtet haben, im Bereich der Sicherheit und Verteidigung enger zusammenzuarbeiten. Im letzten Jahr hat sich hierbei gezeigt, wie groß der Wille der Mitgliedstaaten ist, die Beschlüsse umzusetzen und sichtbare Fortschritte zu erarbeiten. So haben wir uns nicht nur auf die „Spielregeln“ der gemeinsamen Arbeit geeinigt, sondern mit einer Liste von konkreten Projekten bereits mit der Umsetzung begonnen. Auch mit Blick auf die anderen Säulen – die Verteidigungsplanung und die Finanzierung – haben wir Fortschritte gemacht. Die enge Zusammenarbeit zwischen NATO und EU ist dabei für europäische Sicherheit zentral. Initiativen wie das Rahmen-nationenkonzept (FNC) leisten hierbei schon seit längerem konkrete Beiträge für eine strukturierte Entwicklung militärischer Fähigkeiten in europäischen Staaten.

Warum ist es so notwendig, eine Europäische Verteidigungsunion zu forcieren?

Weltweite Konflikte – von der Instabilität Nordafrikas über die angespannte Lage im Mittleren und Nahen Osten bis hin zur Situation im Osten der Ukraine, um nur einige zu nennen – machen es unbedingt erforderlich, dass die EU einen wirksamen Beitrag hinsichtlich globaler Stabilität leistet. Wir Europäer müssen in der Lage sein, unsere Sicherheit zu gewährleisten und europäische Interessen wirksam zu vertreten. Dafür brauchen wir eine Europäische Verteidigungsunion, die das Haus für unsere Verteidigungsinitiativen bildet. Dabei geht es darum, unsere Handlungsfähigkeit in Europa zu stärken und mehr Effektivität und Effizienz für Operationen und Missionen zu erzielen. Wir wollen mit den Initiativen der EU auch die NATO stärken und einen Beitrag zur Lastenteilung in der Allianz leisten.

Trump zum Trotz? Deutschland wird von den USA massiv unter Druck gesetzt, seine Verteidigungsausgaben zu erhöhen.

Deutschland übernimmt sowohl in der NATO als auch in der EU mehr Verantwortung. Dies haben höchste deutsche Vertreter, unter anderem die Bundesministerin der Verteidigung, auch als Reaktion auf die sogenannte Krim-Krise bereits Anfang 2014 im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz erklärt, also lange vor dem Amtsantritt von US-Präsident Trump. Die Übernahme von Verantwortung lässt sich aber nicht auf Verteidigungsausgaben allein ver-

kürzen. Ebenso wichtig für eine leistungsfähigere Allianz sind die Bereitstellung konkreter Fähigkeiten und Beiträge zu Einsätzen. In allen Bereichen – „cash, capabilities, contributions“, wie es so schön heißt – muss sich Deutschland dabei nicht verstecken. So werden beispielsweise unsere Führung der Forward Presence Battlegroup in Litauen und der schnellen Eingreiftruppe der NATO (VJTF) 2019 von den Bündnispartnern sehr geschätzt. Auch bei den Verteidigungsausgaben hat Deutschland zugelegt: Verglichen mit dem Jahr 2014 lagen die Ausgaben 2019 um 12,4 Milliarden Euro höher. Deutschland will sich an seine internationalen Verpflichtungen halten und seine Verteidigungsausgaben bis 2024 auf 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigern und auch danach weiter in Richtung auf das vereinbarte 2-Prozent-Ziel der NATO zugehen.

Hat die Gründung einer Europäischen Verteidigungsunion auch damit zu tun, dass die Vision Europa durch den Brexit und durch rechtspopulistische Tendenzen innerhalb Europas ordentlich hinterfragt wird?

Der Brexit führt uns schmerzlich vor Augen, dass wir das europäische Integrationsprojekt nicht für selbstverständlich halten dürfen, sondern die Menschen nach wie vor vom Mehrwert des europäischen Zusammenhaltes überzeugen müssen. Kein Land wird dabei für sich allein den Herausforderungen wirksam begegnen können. Wir müssen deshalb den Zusammenhalt fördern und alles dafür tun, dass wir gemeinsam handlungsfähiger, entschlossener und dadurch stärker werden. Das Streben nach einer engeren Zusammenarbeit in den Bereichen Sicherheit und Verteidigung bestand jedoch schon vor dem Brexit. So war die EU-Globalstrategie der Hohen Vertreterin, mit der der Reformprozess begonnen hat, beispielsweise schon veröffentlicht, als sich die Briten für den Austritt

aus der EU entschieden haben. Uns ist aber mit der Ankündigung des Brexits noch klarer geworden, dass enge Kooperation, Austausch und Zusammenhalt für die Zukunft der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Rahmen der EU entscheidend sind.

Es geht bei der Vision Europa auch darum, den Nationalstaat zu überwinden. Europa muss sich neu gründen, und zwar von unten, ausgehend von den Bürgern. Was glauben Sie, wie sehr ist die Gründung einer „Armee der Europäer“ eigentlich gesellschaftlich gewollt?

Der europäische Zusammenhalt soll ja nicht den Nationalstaat ersetzen! Vielmehr geht es um eine immer tiefere Zusammenarbeit und eine fortschreitende europäische Integration, um gemeinsame Interessen zu vertreten – für unsere

„Deutschland will sich an seine internationalen Verpflichtungen halten und seine Verteidigungsausgaben bis 2024 auf 1,5 Prozent steigern.“



Peter Tauber ist aktiver Reservist. Er kennt also die Strukturen der Bundeswehr. Hier im Gespräch mit Soldaten.

Bürger und unsere Werte. Die Europäische Verteidigungsunion wird innerhalb des institutionellen und rechtlichen Rahmens der EU etabliert. Der Begriff „Armee der Europäer“ unterstreicht den intergouvernementalen Ansatz: Die nationalen Streitkräfte werden als „Armee der Europäer“ immer enger zusammenwachsen und somit immer effizienter aufeinander abgestimmt. Davon profitieren dann auch die Menschen in der EU. Und ich finde das knapp 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkriegs eine unglaublich gute Entwicklung.

Ich könnte mir vorstellen, dass insbesondere Soldaten mit rechtsextremistischer Gesinnung wie der Offizier Franco Albrecht nicht begeistert sind, ihre Nationalstaatlichkeit zugunsten einer Europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsunion hinter sich zu lassen. Wie stehen die Soldatinnen und Soldaten der Vision insgesamt gegenüber?

Lassen Sie mich bitte eines ganz deutlich sagen: Rechtsextremismus sowie Extremismus in jeder Form hat in der Bundeswehr keinen Platz! Wer „Reichsbürger“ ist, kann nicht Soldat in der Bundeswehr sein. Die öffentliche Diskussion zu diesem Thema hat auch dazu geführt, dass vermehrt Verdachtsfälle gemeldet wurden, denen wir konsequent nachgehen. Das darf allerdings nicht zu falschen Schlüssen verleiten: Unsere Soldatinnen und Soldaten stehen in ihrer großen Mehrheit fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Wo das nicht der Fall ist, sind nach den Regeln unserer Rechtsordnung disziplinare oder auch strafrechtliche Konsequenzen erforderlich. Wer das Grundgesetz kennt, weiß, dass der soldatische Treueeid auf die Bundesrepublik Deutschland mit der Verteidigung des eigenen Vaterlandes auch die Verteidigung des Friedens in Europa einschließt!

In Europa sind europäische Streitkräfte unter der Führung der Union längst auf gemeinsamer Mission unterwegs. In Bosnien unterstützen 2500 Soldaten aus verschiedenen europäischen Nationen die multinationale Stabilisierungsmission seit 2004. Liegt hierin der Anfang einer „Armee der Europäer“ begründet, die in eigener strategischer und politischer Verantwortung entscheidet?

Ja, wie ich bereits ausgeführt hatte, sind die Missionen und Operationen der EU hervorragende Beispiele für eine gelungene Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten der EU und unseren Partnern. An der Operation EUFOR ALTHEA in Bosnien zum Beispiel beteiligen sich momentan 14 Mitgliedstaaten mit rund 550 Soldaten. Zudem sind auch andere Länder wie die Türkei und die Schweiz an dieser Operation beteiligt. Die strategische und politische Verantwortung liegt dennoch bei den jeweiligen Mitgliedstaaten. Ein weiteres Beispiel ist die EU-Trainingsmission in Mali, in der wir unser militärisches Engagement unter dem Dach der EU leisten. An der rund 650 Soldatinnen und Soldaten starken Ausbildungs- und Beratungsmission sind derzeit 22 EU-Mitgliedstaaten und 5 Partnerstaaten beteiligt. Für das, was dort von allen, aber insbesondere auch unseren Soldatinnen und Soldaten täglich geleistet wird, können wir stolz und dankbar sein!

Einer der größten Unterschiede zu den anderen europäischen Armeen ist, dass die Bundeswehr sich mit den Prinzipien der „Inneren Führung“ und mit dem „Staatsbürger in Uniform“ ein Leitbild gegeben hat, das der Verantwortung des Einzelnen eine große Rolle beimisst. Den Wert der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sollen die Soldatinnen und Soldaten auch im Militär



„Der Staatsbürger in Uniform ist ein grundlegendes Prinzip der EU.“

erfahren und deshalb in der Lage sein, sich für die Verteidigung von Recht und Freiheit einzusetzen. Ist hierbei eine Einigung der europäischen Streitkräfte im Sinne eines „europäischen Staatsbürgers in Uniform“ realistisch?

Der demokratische Neuanfang nach 1945, der zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949 führte, musste zwingend auch zu einem Neuanfang in den Streitkräften führen. In dieser besonderen historischen und politischen Situation wurzelt die Konzeption der „Inneren Führung“. Durch die Innere Führung werden die Werte und Normen des Grundgesetzes in der Bundeswehr verwirklicht. Sie bildet die Prinzipien von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in den Streitkräften ab. Soldaten erleben in ihrem täglichen Umfeld also das, was sie auch verteidigen sollen.

Der „Staatsbürger in Uniform“ ist ihr Leitbild. Diese grundlegenden Prinzipien teilen wir mit unseren europäischen Partnern, da sie die grundlegenden Prinzipien der EU sind.

Zudem ist die Bundeswehr eine Parlamentsarmee. In Frankreich ist Staatspräsident Emmanuel Macron der Oberbefehlshaber. Ein Ziel der gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik ist es, schneller Streitkräfte für Missionen zur Verfügung zu stellen. Könnte das für die Bundesregierung ein Problem werden, weil der Parlamentsvorbehalt zum Hindernis werden könnte?

Das Erfordernis einer stärkeren Kooperation und einer gerechten Lastenteilung in NATO und EU verbunden mit einer zunehmenden engen Kooperation militärischer Strukturen und Fähigkeiten stellt den Parlamentsvorbehalt in keiner Weise infrage. Der verfassungsrechtliche Parlamentsvorbehalt und die verlässliche Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland stehen dabei in keinem Widerspruch. In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich betonen, dass der bewährte „Entscheidungsverbund“ von Bundesregierung und Deutschem Bundestag bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr in besonderem Maße dazu beiträgt, dass sich unsere Soldatinnen und Soldaten im Einsatz von einer breiten Basis getragen sehen. Der Deutsche Bundestag ist in der Lage, Entscheidungen zum Einsatz deutscher Streitkräfte innerhalb kürzester Zeit, gegebenenfalls auch nachträglich, zu treffen. Hierbei muss sich also niemand sorgen.

Es heißt, die Bundeswehr ist noch nicht schlagkräftig genug, es fehlt an Material und Personal, um eine neue Führung aufzubauen. Das kostet Geld. Die Idee einer „Armee der Europäer“ wirft also hierbei die Frage nach der Finanzierung auf. Wer soll das bezahlen?

Ganz klar: Wir müssen dafür sorgen, dass unsere Vorhaben auf einem nachhaltigen finanziellen Fundament stehen und dadurch auch effektiv umgesetzt werden können.

Wir sprachen ja schon über die steigenden Verteidigungsausgaben und unsere damit verbundenen internationalen Verpflichtungen vor allem gegenüber der NATO. Auch mit den europäischen Initiativen wollen wir dafür sorgen, dass wir unser Geld besser ausgeben, damit die Soldaten das Material und die Ausbildung zur Verfügung haben, das beziehungsweise die sie brauchen. Dabei ist die Koordinierung der europäischen Verteidigungsplanung von großer Wichtigkeit, um die bestehende Fragmentierung in unterschiedliche Waffensysteme zu beenden. Der Europäische Verteidigungsfonds wird innovative Forschung finanzieren und die gemeinsame Entwicklung konkreter militärischer Fähigkeiten vorantreiben. Beschaffung, Ersatzteilmanagement und Instandsetzung müssen europäisch organisiert werden. All das wird kostspielige Ineffizienzen, die wir heute noch haben, schrittweise abbauen.

Was sind aus Ihrer Sicht die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer „Armee der Europäer“?

Wir haben die wichtigsten Grundlagen für eine immer engere Zusammenarbeit gelegt. Es wird jetzt darauf ankommen, sichtbare Fortschritte zu erarbeiten. Darauf konzentrieren wir uns. Das heißt zum Beispiel, dass wir in den PESCO-Projekten vorankommen und erste Ergebnisse vorzeigen können. Wenn wir den Blick in die Zukunft richten, ist aus meiner Sicht der wichtigste nächste Schritt strategischer Natur: Welche gemeinsamen Ziele wollen wir zusammen verfolgen? Deutschland hat im zweiten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft inne und wird in diesem Kontext Schwerpunkte setzen, um die Stärkung der europäischen Verteidigung weiter voranzutreiben sowie diese mit neuen Ideen und Leben zu füllen.

Wagen Sie eine zeitliche Prognose? Wann werden wir eine „Armee der Europäer“ haben?

Die „Armee der Europäer“ ist vielerorts bereits heute Realität. Wir haben ja schon über die Mission in Mali gesprochen. Es geht nun darum, immer mehr Kooperationsformate zu schaffen und einander immer besser kennenzulernen – in der Ausbildung, im Training und im Einsatz. Wir schaffen auf der politischen Ebene dafür die Voraussetzungen mit dem Ziel eines umfassenden europäischen Kräftepotentials. Das ist die Aufgabe, der wir uns stellen.

Ich danke Ihnen für das Gespräch!



Vier Fragen an ...?

Eine Europäische Armee als Garant für Sicherheit und Frieden in der Europäischen Union? Wir haben mit Politikerinnen und Politikern zum Thema gesprochen.



Katarina Barley
Spitzenkandidatin der SPD

*„Eine Europäische Armee
ist ein Schritt für mehr
europäischen Zusammenhalt“*



Ulrike Müller
Spitzenkandidatin FREIE WÄHLER

*„Die Bundeswehr müsste
besser aufgestellt werden,
um einsatzfähig zu sein“*

Die **PARTEI**

Martin Sonneborn
Die Partei *„Rüstungsquatsch
stoppen“*

**1. Warum ist die
Gründung einer „Ar-
mee der Europäer“
jetzt nötig?**

1. Nie war die Einheit Europas so gefährdet wie jetzt. Gerade in Anbetracht des Wiedererstarkens von Nationalismus müssen wir die Frage stellen, wie wir künftig zusammenleben wollen: alle für sich oder weltoffen, solidarisch und gemeinsam stark? Wir wollen mehr Zusammenhalt in Europa. In diesem Kontext ist eine gemeinsame parlamentarisch kontrollierte Europäische Armee ein Schritt für mehr europäischen Zusammenhalt, für die innere und äußere Friedenssicherung in unruhigen Zeiten.

**2. Was wären die
Hauptaufgaben ei-
ner „Armee der Eu-
ropäer“?**

2. Durch gemeinsame Entwicklung und Beschaffung erhöhen wir die Effizienz und schaffen finanzielle Spielräume. Durch eine effektive Konzentration der Verteidigungskräfte machen wir eine generelle Erhöhung der Rüstungsausgaben unnötig. Die europäischen Staaten haben rund 180 unterschiedliche Waffensysteme. Das ist teuer, das ist ineffizient – und es ist überflüssig. Deshalb sollte hier zügig gehandelt werden. Für uns ist zudem klar, dass auch der Einsatz einer Europäischen Armee nur mit Zustimmung des Europäischen Parlaments erfolgen darf. Ein neu zu schaffender Verteidigungsausschuss im Europäischen Parlament sichert die Kontrollrechte der Abgeordneten und begleitet parlamentarisch den Prozess der Integration der europäischen Streitkräfte.

**3. Was sind aus Ihrer
Sicht die nächsten
Schritte auf dem
Weg zu einer Armee
der Europäer?**

3. Europa darf nicht zum Spielball anderer werden, es muss sein Schicksal stärker selbst in die Hand nehmen können. In dieser Weltordnung wollen wir Europa als Friedensmacht positionieren und dafür ist eine gemeinsame parlamentarisch kontrollierte Europäische Armee nur eine Forderung. Wir sind die ersten Schritte gegangen, indem wir Soldaten unterschiedlicher Nationen unter gemeinsames Kommando gestellt haben. Europa muss auch andere Schritte gehen. Wir wollen eine gemeinsame Außenpolitik stärken und für eine Politik der Abrüstung sorgen. Das drohende Scheitern des INF-Abkommens zeigt: Wir haben keine ausreichenden internationalen Regelungen, um Rüstungswettläufe zu verhindern. Vertragsgestützte Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung müssen wieder in den Mittelpunkt unserer Politik gerückt werden. Wir wollen in der Rüstungskontrolle die bestehenden Abkommen erhalten und möglichst viele Staaten in neue Abkommen einbinden.

**4. Wagen Sie eine
zeitliche Prognose?**

4. Die Kündigung des INF-Abrüstungsabkommens ist ein schwerer Schlag für die internationale Rüstungskontrollpolitik und zeigt: Die Dringlichkeit, mit der wir die Kraft Europas in der Welt bündeln müssen, ist heute größer denn je. In den sechs Monaten der Suspendierung des Abkommens bis zu dessen endgültigem Aus wollen wir alles unternehmen, um Russland zu einer Rückkehr zur Vertragstreue zu bewegen und die Vereinigten Staaten davon zu überzeugen, zu dem Abkommen zurückzukehren.

1. Wir brauchen eine EU-Armee als sicherheitspolitisches Gegengewicht. Das NATO-Bündnis funktioniert gut, doch wir brauchen eine Antwort auf Trump und Putin und müssen als Europäer innerhalb der NATO handlungsfähig sein. Wir FREIE WÄHLER setzen uns dafür ein, dass die Europäische Union sicherheitspolitisch selbstständiger wird, um ihrer internationalen Verantwortung gerecht zu werden. Für eine Europäische Armee fehlen noch die politischen Organisationsstrukturen, vor allem aber der politische Wille in Europa.

2. Wir treten für einen engen Schulterschluss mit unseren europäischen Nachbarn ein, um ein eigenständiges Verteidigungsbündnis mit einer eigenen Armee auf den Weg zu bringen. Ein geschlossenes Europa kann unsere Interessen und unsere Grundwerte innerhalb der NATO deutlich stärken. Wir streben dabei aber eine enge europäische Zusammenarbeit im Wehrbereich an, die keine Dopplungen zur NATO-Struktur schaffen, sondern eine Ergänzung darstellen soll. Ein starkes Europa in der NATO kann den USA auf Augenhöhe begegnen. Ich sehe die Europäische Armee als Parlamentsarmee: Vorbereitung seitens der Kommission, Entscheidung im EU-Parlament und schließlich zur Verfügung gestellt von den Mitgliedstaaten ohne Vorbehalte. Wir FREIE WÄHLER wollen, dass eine Europäische Armee der Kontrolle des Europaparlaments untersteht. Außerdem muss ein europäischer Wehrbeauftragter mit vergleichbaren Zuständigkeiten wie der Wehrbeauftragte der Bundeswehr seine Arbeit aufnehmen.

3. Die nationalen Strukturen der verschiedenen Streitkräfte müssten einander angepasst werden. Dann müsste man Rüstungsprojekte gemeinsam durchführen und die verschiedenen Waffensysteme vereinheitlichen. Schließlich der Aufbau eines europäischen Verteidigungsfonds. Zumindest in den Verwaltungsstrukturen ist hier schon einiges geschehen. Zu lösen ist auch die Frage, wie man eine gemeinsame Streitmacht aufstellt und zugleich die nationale Souveränität bewahrt. Aus deutscher Perspektive wäre viel gewonnen, wenn die Bundeswehr besser aufgestellt und ausgestattet würde, um wirklich einsatzfähig zu sein.

4. Wir bräuchten eine solche Armee der Europäer dringendst! Aber ich befürchte, selbst in 20 Jahren sind wir noch nicht so weit. Eine solche Prognose kann niemand wagen, der seriös damit umgehen will. Die beteiligten europäischen Mitgliedstaaten haben vollkommen unterschiedliche Philosophien, was ihre Armeen angeht. Frankreich zum Beispiel hat eine Interventionsarmee: Dort sieht man die Intervention als sicherheitspolitische und militärpolitische Möglichkeit. Deutschland dagegen hat sich, nicht zuletzt geschichtlich bedingt, militärische Zurückhaltung auferlegt. Wir haben hier eine Parlamentsarmee, der Deutsche Bundestag entscheidet über den Einsatz der Streitkräfte, nicht die Regierung wie in anderen Ländern.

1. Ich sehe die Gründung als eine wunderbare Möglichkeit, ungeheure Geldmengen in die Rüstungsindustrien zu verschieben; statt sie für soziale Zwecke zu verwenden, für Modernisierung von Infrastruktur, im Bildungsbereich aufzurüsten oder in der Digitalisierung.

2. Die offensive Verteidigung der europäischen Wirtschaftsinteressen mit einer hoch mobilen, modernen Armee überall draußen in der Welt.

3. Im nächsten EU-Haushalt sind erstmals mehr Gelder für Waffenentwicklung, Grenzsicherung und Aufrüstung vorgesehen als für Entwicklungshilfe. Und das, obwohl der Vertrag von Lissabon es der EU verbietet, in militärische Projekte zu investieren. Ich nehme an, der Plan geht auf. Dann ziehen die Russen nach, dann wieder die EU, dann wieder die Russen ... ein langweiliges und durchsichtiges Prozedere.

4. Da ich alles daran setzen werde, um den Rüstungsquatsch zu stoppen: nein.



Vier Fragen an ...?



Nicola Beer
Spitzenkandidatin der FDP

*„Eine Europäische Armee
ist ein Schritt für mehr
europäischen Zusammenhalt“*



Dr. Patrick Breyer
Spitzenkandidat Piratenpartei

*„Nein zur
Europäischen
Armee“*

1. Warum ist die
Gründung einer „Ar-
mee der Europäer“
jetzt nötig?

1. Wir leben heute in außenpolitisch unsicheren Zeiten: Nationalismus und autoritäre Regierungsformen breiten sich aus und auch die Gefährdung durch Atomwaffen nimmt in der internationalen Politik wieder zu. Europa muss daher mehr Verantwortung für sich selbst und seine Partner in der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen. Um mit Nationen wie den USA, Russland oder China auf Augenhöhe verhandeln zu können, muss die EU in außen- und sicherheitspolitischen Fragen eine einheitliche europäische Strategie verfolgen. Dazu ist der Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und parlamentarischer Kontrolle aus unserer Sicht dringend erforderlich. Denn nur, wenn wir unsere militärischen Fähigkeiten bündeln, werden wir angemessen auf die künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen reagieren können.

2. Was wären die
Hauptaufgaben ei-
ner „Armee der Eu-
ropäer“?

2. Die Hauptaufgabe einer Europäischen Armee wäre zweifellos der Schutz von Frieden, Freiheit und Sicherheit in und für Europa. Sie würde auch dazu beitragen, unser Wertemodell von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenrechten international über Prävention sowie friedensschaffende und friedenserhaltende Maßnahmen abzusichern. Um die Aufgaben zu konkretisieren, bedarf es zunächst einer gemeinsamen strategischen Vision in der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik.

3. Was sind aus Ihrer
Sicht die nächsten
Schritte auf dem
Weg zu einer Armee
der Europäer?

3. Wir Freie Demokraten streben an, ausgehend von einer gemeinsamen Strategieentwicklung, gemeinsame Strukturen und eine gemeinsame Streitkräfteplanung aufzubauen. Schrittweise sollen dann die integrationswilligen Mitgliedsländer ihre Strukturen enger verzahnen und gemeinsame Fähigkeiten der Streitkräfte ausgebaut werden, sodass als Zwischenschritt auf dem Weg zu einer echten Europäischen Armee eine gemeinsame Europäische Verteidigungsunion entsteht. So können auch Kosten optimiert und die technische und taktische Kompatibilität erhöht werden. Den Beschluss über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO) sehen wir als wegweisenden Meilenstein zu diesem Ziel an.

4. Wagen Sie eine
zeitliche Prognose?

4. Zum jetzigen Zeitpunkt ist es schwierig, über ein Datum zu spekulieren. Für uns Freie Demokraten gilt: Wir wollen die Europäische Armee so früh wie möglich, ohne aber wichtige Anpassungsprozesse übers Knie zu brechen. Die Angleichung der militärischen Kulturen und Identitäten sowie der Aufbau eines wirklich robusten gegenseitigen Vertrauens benötigen Zeit. Das dürfen wir nicht überstürzen.

5. Zusatzfrage an Frau Beer: Sie fordern den „europäischen Staatsbürger“ in Uniform. Den Wert der freiheitlich-demokratischen Grundordnung sollen alle Soldatinnen und Soldaten auch im europäischen Militär erfahren und deshalb in der Lage sein, sich für die Verteidigung von Recht und Freiheit einzusetzen. Ist die Vereinigung aller europäischen Streitkräfte im Sinne eines „europäischen Staatsbürgers in Uniform“ realistisch? Schließlich ist das Prinzip der „Inneren Führung“ nur in der Bundeswehr vorhanden.

5. Ich sehe nicht, warum im Rahmen der Angleichung der militärischen Identitäten die Entwicklung der Idee von „europäischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern in Uniform“ unrealistisch sein sollte. Schließlich ist es wichtig, unter den Soldatinnen und Soldaten ein Bewusstsein für die Normen und Werte zu schaffen, die sie im Ernstfall mit ihrem Leben verteidigen. Um den Weg dahin zu ebnen und den europäischen Gedanken zu fördern, sollten wir heute bereits den Austausch zwischen Soldatinnen und Soldaten aller Dienstgruppen in Europa durch ein Erasmus+-Programm intensivieren. Wir Freie Demokraten denken hier zum Beispiel zudem an eine europäische Offiziersakademie zur Koordinierung der Offiziersausbildung. Auch eine schrittweise europaweite Angleichung der Offiziers- und Grundausbildung können wir uns vorstellen.

Eine Europäische Armee zu gründen lehne ich zum jetzigen Zeitpunkt ab, weil dadurch eine weitere Militarisierung der Europäischen Union droht, bisher kein Parlamentsvorbehalt existiert, keine Beschränkung auf Verteidigungseinsätze und insgesamt der Frieden gefährdet werden würde.

Bestrebungen zu einer gemeinsamen Militärpolitik der EU dienen eher wirtschaftlichen Begehrlichkeiten und den Interessen der Rüstungsindustrie als dem Frieden, dessen Sicherung das eigentliche Ziel der europäischen Einigung ist. Anstatt eine Europäische Armee aufzubauen, sollten die Anstrengungen zur Abrüstung und Denuklearisierung verstärkt werden.

Vier Fragen an ...?

CDU

Michael Gahler
Europaabgeordneter und sicherheitspolitischer Sprecher
der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

*„Wir müssen mehr für unsere
Sicherheit unternehmen“*



CSU



Zusammenfassung weiterer Spitzenparteien

1. Warum ist die Gründung einer „Armee der Europäer“ jetzt nötig?

1. Europas Bürger stehen einer Reihe von externen Herausforderungen gegenüber, die nur schwierig von einem einzigen EU-Mitgliedstaat zu bewältigen sind. Moskau überzieht Europas östliche Nachbarschaft mit Brüchen des Völkerrechts. Im südlichen Nachbarschaftsraum Europas steht die EU zerfallenden Staaten und Terrorismus gegenüber. In erster Linie als Antwort auf diese Herausforderungen sind wir Europäer darauf angewiesen, gemeinsam mehr zur Stärkung unserer Sicherheit und Verteidigung zu unternehmen.

Ferner müssen mit dem EU-Haushalt Anreize geschaffen werden, damit die EU-Verteidigungsminister die Summe der nationalen Mittel, jährlich etwa 210 Mrd. Euro, effizienter ausgeben. Gemeinsame Planung, gemeinsame Beschaffung von Ausrüstung und Material sowie die Verbesserung der militärischen Mobilität müssen die Fähigkeit zur Zusammenarbeit der Streitkräfte erhöhen. Zum Beispiel ist es unfassbar, dass die Marinestreitkräfte der EU vor der Küste Somalias zur Kommunikation untereinander noch mit Fahnen hantieren, statt über Funkgeräte zu sprechen. Kooperative Verteidigungsprogramme können hier Abhilfe schaffen. Einen Ausweg bietet die „Armee der Europäer“ oder die Europäische Verteidigungsunion. Sie wird unter dem Dach der Europäischen Union auf Basis der nationalen Wehrbeiträge gebildet und zielt auf starke Kooperationsformate ab.

2. Was wären die Hauptaufgaben einer „Armee der Europäer“?

2. Kurzfristig geht es um EU-Unterstützungsleistungen für unsere Streitkräfte zur besseren Auftragerfüllung im Rahmen der EU, NATO, Vereinten Nationen oder einer Koalition der Willigen. Der grundlegende Gedanke ist recht einfach, allein Staaten verfügen über das militärische Arsenal zur Verteidigung. Dieser sogenannte „Single Set of Forces“ sollte in verschiedenen Formaten besser für militärische Einsätze und zur Landes- und Bündnisverteidigung eingesetzt werden.

Mittelfristig müssen die isolierten Inseln der militärischen Kooperation gesamt-europäisch zusammengeführt werden. Darum geht es bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ), die im Dezember 2017 gestartet wurde. Sie zielt darauf ab, die Koordinierung der Streitkräfte zu verbessern und multinationale Verbände zu bilden.

Konkret muss es gelingen, die SSZ als Rahmen für die deutsch-niederländische Kooperation der Panzertruppe und der Marineinfanteristen, deutsch-ungarische Kooperation der Logistiktruppe oder die deutsch-französische Kooperation der Luftwaffe oder des Heeres einzuführen. Zukünftig sollen diese „europäischen“ Truppen den Kern bilden, um in Ergänzung zu zivilen Mitteln ein verbessertes Krisen- und Konfliktmanagement der EU sicherzustellen und einen Beitrag zur Heimatverteidigung zu leisten.

3. Was sind aus Ihrer Sicht die nächsten Schritte auf dem Weg zu einer Armee der Europäer?

3. Die Verteidigungsunion bzw. „Armee der Europäer“ wird mit einer gemeinsamen EU-Verteidigung vollendet. Ein Weißbuch für Sicherheit und Verteidigung muss den Weg dorthin und gemeinsame Interessen beschreiben. Es soll dazu dienen, gemeinsames strategisches Denken und die losen Enden der Fähigkeitenentwicklung miteinander zu vernetzen.

Ferner müssen im europäischen Rüstungsmarkt endlich gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden. Im EU-Jargon sprechen wir von einem fehlenden „level-playing-field“. Es ist nicht akzeptabel, dass europäische industrielle Mitbewerber das Label „German free products“ als Qualitätsauszeichnung gegen deutsche Produkte vorbringen, weil befürchtet wird, dass wir bei geplanten Exporten der Partner ein Veto einlegen könnten.

Um dies abzuwenden, ist es notwendig, dass sich Deutschland konstruktiv einbringt, um den gemeinsamen Ratsstandpunkt zu Rüstungsexporten weiterzuentwickeln. Es müssen aber auch die gemeinsam beschlossenen Regeln für den Rüstungsbinnenmarkt von allen Staaten angewandt werden, wie sie sich seit 2011 aus den EU-Gesetzgebungen zur Beschaffungs- und Transferrichtlinie ergeben. Deutschland ist hier bislang mit gutem Beispiel vorangegangen und dies sollte auch so bleiben!

4. In der kommenden Legislaturperiode bietet sich mit Beginn des nächsten EU-Finanzrahmens ab 2021 für die Mitgliedstaaten die Chance, die finanziellen Anreize für mehr Kooperation anzunehmen und umzusetzen. Im ausgehenden Parlament haben wir hierfür an unserem letzten Sitzungstag gegen die Stimmen von SPD und Grünen die notwendige Entscheidung getroffen. Mit Beginn der nächsten Finanzperiode ab 2021 können kooperative Verteidigungsprogramme im Umfang von voraussichtlich 13 Mrd. Euro aus EU-Mitteln gefördert werden. Auf dieser finanziellen Basis könnten die Staats- und Regierungschefs die gemeinsame EU-Verteidigung ausrufen und die Verteidigungsunion vollenden.

DIE GRÜNEN wollen eine stärkere gemeinsame Außenpolitik der EU in der Welt. Die Außen- und Sicherheitspolitik der EU soll sich nicht nur am kleinsten gemeinsamen Nenner orientieren. Deswegen setzt sich die Partei auch in diesem Bereich für das Prinzip von Mehrheitsentscheidungen im Rat ein. Friedensmissionen haben für die Grünen Vorrang vor eigenen EU- oder NATO-Einsätzen. Langfristiges Ziel: eigene ständige Truppen anstatt nationaler Militärkontingente. Im Falle von militärischen EU-Einsätzen treten die Grünen für Kontrollrechte des Europäischen Parlaments ein, die es bisher nicht gibt. Alle Bestrebungen, die Kontrollrechte des Bundestages, z. B. bei einer deutschen Beteiligung an EU-Einsätzen, einzuschränken, lehnen sie ab.

DIE CSU will eine starke und leistungsfähige europäische Außen- und Sicherheitspolitik, militärische Fähigkeiten sollen gemeinsam genutzt und mit der NATO abgestimmt werden. Europa soll sich auf die großen europäischen Aufgaben konzentrieren, international europäische Interessen wahren, Freundschaft und Partnerschaft mit den Nachbarn pflegen und die Rohstoff- und Energieversorgung sichern. Humanitäre Katastrophen an den EU-Außengrenzen müssen verhindert werden, die CSU will dazu kriminelle Schleuserbanden stoppen und die Herkunftsländer in die Pflicht nehmen, Ursachen der Flüchtlingsbewegung zu bekämpfen. Freizügigkeit in Europa darf nach dem Willen der CSU nicht für die Sozialsysteme gelten.

DIE LINKE lehnt „Humanitäre“ Interventionen der EU ab. Es darf ihrer Ansicht nach keine Verknüpfung von zivilen und militärischen Maßnahmen geben. DIE LINKE kämpft gegen die Militarisierung der EU. Sie setzt darauf, Auslandseinsätze zu beenden und Rüstungsproduktion und -exporte zu verbieten. DIE LINKE ist gegen einen Europäischen Auswärtigen Dienst, der eine Beteiligung an Einsätzen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) forciert und lehnt eine Beteiligung deutscher Soldaten an Einsätzen im Rahmen der GASP und GSVP sowie an EU-Battlegroups und EU-Interventionsstreitkräften ab. Sie setzt sich für einen Austritt Deutschlands und anderer EU-Staaten aus den militärischen Strukturen der NATO ein.

75 Jahre

Nach dem Umsturzversuch Claus Schenk Graf von Stauffenbergs

Autor: Prof. Winfried Heinemann

Am 20. Juli 1944 zündete Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg im Führerhauptquartier „Wolfsschanze“ in Ostpreußen während des Lagevortrags bei Hitler einen Sprengsatz. Er sah die Detonation selbst aus einiger Entfernung, verglich die Sprengwirkung mit dem Einschlag einer 15-Zentimeter-Granate und war überzeugt, da sei niemand lebend davongekommen. Hitler müsse tot sein! Aber er lag falsch – Hitler hatte die Detonation mit leichten Verletzungen überlebt.

Am späten Nachmittag bekam man im Umfeld des „Führers“ mit, dass es sich um mehr handelte als nur um den Versuch, Hitler zu töten. Dahinter stand eine von langer Hand vorbereitete Aufstandsplanung. In Berlin war der Staatsstreich von Teilen des Militärs schon angelaufen.

In der deutschen Öffentlichkeit hat es sich eingebürgert, vom 20. Juli als dem „Tag des Attentats auf Hitler“ zu sprechen. Wenn man den Schwerpunkt auf das Attentat legt, ist es auch legitim zu fragen, warum der 37-jährige schwer kriegsverwundete Oberst sich nicht selbst geopfert und mit Hitler zusammen in die Luft gejagt habe.

Aber in Kreisen des nationalkonservativen Widerstands gegen Hitler war das Attentat von Anfang an umstritten gewesen. Auch viele Hitlergegner hatten es aus politischen oder religiösen Motiven heraus abgelehnt, den geplanten Umsturz mit einem „politischen Mord“ zu beginnen. Der Major Ludwig Frhr. von Leonrod hatte seinen Beichtvater gefragt, ob man sich an einem solchen „Tyrannenmord“ beteiligen dürfe – das brachte später auch den Kaplan Dr. Hermann Wehrle an den Galgen.

Attentate auf Hitler haben auch andere unternommen: der schwäbische Schreiner Georg Elser etwa oder der Schweizer Seminarist Maurice Bavaud. Es ist im Nachhinein billig zu fragen, was geworden wäre, wenn einer von ihnen Erfolg gehabt hätte. Pläne für einen kompletten Systemwechsel hatte jedenfalls keiner von ihnen. Das mindert nicht ihre moralische Kraft, aber historisch wirkmächtig ist keiner von ihnen geworden.

Der Aufstand des 20. Juli 1944 hingegen hat erhebliche Auswirkungen auf das Machtgefüge des Dritten Reiches gehabt, ebenso auf die Wahrnehmung Deutschlands bei den Kriegsgegnern und für die Identität der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft. Das Datum steht nicht in erster Linie für eine gesinnungsethische Verzweiflungshandlung mit eher symbolischem Wert, sondern für eine verantwortungsethische Planung, die Diktatur und den Krieg zu beenden. Darüber täuscht der moralisierende Diskurs in der deutschen Öffentlichkeit leicht hinweg.

Militärische, religiöse, ethische Motive?

„Aufstand des Gewissens“ nannte sich die Wanderausstellung, die das Militärgeschichtliche Forschungsamt 1984 erstmals auf Reisen schickte. Aber war es nur das? War der Widerstand, der im 20. Juli 1944 gipfelte, allein oder doch weit überwiegend von moralisch-ethischen Motiven getragen, wie es eben der öffentliche Diskurs bis heute suggeriert? Schon in den 1960er-Jahren wiesen Historiker darauf hin, dass die im Widerstand engagierten Politiker und Diplomaten Vorstellungen von einem Nachkriegsdeutschland hatten, die sich keineswegs mit der parlamentarischen Demokratie des Grundgesetzes und mit der von Adenauer konsequent betriebenen Westorientierung der Bundesrepublik deckten. Später ergaben weitere Forschungen, dass auch einige jener, die im Widerstand ihr Leben gelassen hatten, in die Verbrechen an der Ostfront verstrickt gewesen waren. Viele teilten den bürgerlichen Antisemitismus



Oberst i. G. Claus Schenk Graf von Stauffenberg (links) und Oberst i. G. Albrecht Ritter Mertz von Quirnheim. Stauffenberg war seit dem 01. Juni 1944 Chef des Stabes beim Chef der Heeresrüstung.

Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

junger, aufstrebender Major im Generalstab pflegte Vorträge zu diesem Thema mit der Bemerkung einzuleiten, „die Kriegsspitzenengliederung der deutschen Wehrmacht sei noch blöder, als die befähigten Generalstabsoffiziere sie erfinden könnten, wenn sie den Auftrag bekämen, die unsinnigste Kriegsspitzenengliederung zu erfinden“. Dieser Major hieß Claus Graf Stauffenberg. Dabei ging es nicht um Ressorteiligkeit, sondern um die qualifizierte Entscheidungsvorbereitung und -umsetzung in der Kriegführung, und auch damit letztlich wieder um einen verantwortbaren Umgang mit Menschenleben.

Stauffenberg war Chef des Stabes Stauffenberg beim Befehlshaber des Ersatzheeres und Chef Heeresrüstung. Hier mehr noch als anderswo war schon früh deutlich geworden, dass Deutschland den Krieg personell und materiell nicht durchstehen konnte. Wenn Stauffenberg von der „Erhaltung der blutmäßigen Substanz“ des deutschen Volkes sprach, dann ist das zwar nicht mehr unsere Sprache, aber es reflektiert die Einsicht, dass die personellen Verluste an den Fronten schon lange nicht mehr auszugleichen waren. Und dabei standen die schlimmsten Verluste noch aus: An der Ostfront zeichnete sich der Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte ab (einer von Stauffenbergs engsten Mitverschwörern, Generalmajor Henning von Tresckow, war Chef des Generalstabes der 2. Armee innerhalb der Heeresgruppe Mitte, sodass die Verschwörer bestens informiert waren); der August 1944 wurde zum Monat mit den bis dahin höchsten Verlusten und den zweithöchsten Verlusten der Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg überhaupt. Auch die Zerstörung deutscher Städte schritt voran – gewiss, Lübeck, Köln oder Hamburg waren bereits weitgehend vernichtet worden, aber anderen Städten wie Dortmund, Potsdam oder Dresden war das Inferno bis zum Sommer 1944 noch erspart geblieben.

Reden wir beim 20. Juli 1944 nur von Militärs, die retten wollten, was zu retten war?

Abgesehen davon, dass auch die Rettung von Menschen und Kulturgütern ein moralisch berechtigtes Ziel ist – hinter dem Umsturzversuch stand am Ende noch mehr. Henning von Tresckow war ein tief gläubiger evangelischer Christ. Vor seiner Selbsttötung am 21. Juli sagte er zu einem engen Vertrauten:

„Wenn ich in wenigen Stunden vor den Richterstuhl Gottes treten werde, um Rechenschaft abzulegen über mein Tun und mein Unterlassen, so glaube ich mit gutem Gewissen das vertreten zu können, was ich im Kampf gegen Hitler getan habe. Wenn einst Gott Abraham verheißen hat, er

ihrer Zeit, der aber keinesfalls mit der physischen Vernichtung der Juden durch die Nationalsozialisten verwechselt werden darf.

Für militärischen Widerstand gab es auch speziell militärische Motive. Viele der späteren Verschwörer hatten ursprünglich geglaubt, der Krieg gegen die Sowjetunion diene der Befreiung des Landes von dem verhassten Sowjetsystem. An einem Krieg, der die unterschiedslose Vernichtung ganzer Völker zum Ziel hatte, wollten sie sich nicht beteiligen, zumal gerade die deutsche Vernichtungspolitik die Menschen in den besetzten sowjetischen Gebieten entfremdete und den Partisanen in die Arme trieb. Ebenso war die Kriegsspitzenengliederung des Reiches ein Grund, das System abzulehnen. Hitler hatte sich 1938 zum Oberbefehlshaber der Wehrmacht gemacht, und seit 1942 war er auch Oberbefehlshaber des Heeres. Die drei Wehrmachtsteile Heer, Marine und Luftwaffe arbeiteten gegeneinander im Kampf um materielle und personelle Ressourcen und alle drei gegen die verhasste Waffen-SS und die Parteibürokratie. Zuständigkeiten waren unklar; einheitliche Verfahren wurden aufgegeben zugunsten ständig neuer Sonderbeauftragter und Arbeitsausschüsse. Ein

werde Sodom nicht verderben, wenn auch nur zehn Gerechte darin seien, so hoffe ich, dass Gott auch Deutschland um unsertwillen nicht vernichten wird.“ Wer weiß heute noch, dass er damit auf eine Stelle aus dem Buch Genesis anspielte? Claus von Stauffenberg war ein – vielleicht nicht immer praktizierender, aber doch überzeugter – Katholik. Noch am Vorabend des Attentats und Staatsstreichs ließ er auf der Fahrt nach Hause an einer Kirche anhalten und nahm sich Zeit für ein Gebet.

Im Verlauf des Jahres 1944 hatte sich immer klarer herausgestellt, dass auch eine Umsturzregierung keine konkreten politischen Zugeständnisse erwarten konnte. Ohnehin standen die Chancen für einen erfolgreichen Staatsstreich aus vielen Gründen schlecht. Die Verschworenen hätten ihre Pläne aufgeben und wie die vielen anderen das Kriegsende erwarten können. Dass sie es nicht getan haben, lässt einen Prozess erkennen, an dessen Anfang politische, diplomatische oder eben militärische Motive standen, an dessen Ende aber die moralische Dimension ihres Handelns immer klarer hervortrat.

Widerstand in der Tradition der frühen Bundeswehr

Die Frage einer westdeutschen Wiederbewaffnung stellte sich schon ab 1950. Von Anfang an war klar, dass man zur Aufstellung militärischer Verbände auf die ehemaligen Soldaten der Wehrmacht würde zurückgreifen müssen, vor allem für qualifiziertes Spitzenpersonal – man könne der NATO keine achtzehnjährigen Generale anbieten, soll Adenauer gesagt haben.

Damit aber stellte sich die Frage, ob man „eidtreue“ Offiziere und solche des Widerstands gemeinsam würde einstellen können; immerhin sah eine Mehrheit der ehemaligen Wehrmachtsoffiziere in den früheren Verschwörern auch in den 1950er Jahren noch „Verräter“. Aber es war innen- wie bündnispolitisch nicht vorstellbar, bei der Wiederbewaffnung auf Offiziere mit NS-Vergangenheit zu setzen und Angehörige des Widerstands auszuschließen. Man wollte kein Wiederaufstehen der NS-Wehrmacht. Letztlich gelang das nur, indem sich die Ehemaligen auf eine Kompromissformel einließen, in der beide Verhaltensweisen – Kämpfen bis zum Ende und militärischer Staatsstreichversuch – als zulässig erklärt wurden, solange dahinter „ehrenhafte“ Motive standen. Diese Kompromissformel hat auch die Traditionspflege der Bundeswehr lange getragen. Aber sie sah von den konkreten Zielen der 1944 Handelnden ab. Indem sie die Frage auf eine moralische Ebene hob, ließ sie die Rolle der Wehrmacht im Vernichtungskrieg unbeachtet. Sie ermöglichte es auch, manche Widersprüche auszuhalten. So sollte die neue Bundeswehr dem Primat der Politik unterworfen sein; die Wehrmacht aber hatte den Primat der Politik fast vorbildlich gelebt – allerdings einer verbrecherischen Politik. Der einzige Versuch des Militärs, selbst Politik zu machen, war der 20. Juli 1944 gewesen. Solchen Dilemmata ließ sich mit einer Reduzierung der Diskussion auf moralische Fragen gut ausweichen.

Für die Personalauswahl der Offiziere ab Oberst aufwärts setzte der Bundestag ein eigenes, unabhängiges Gremium ein, den „Personalgutachterausschuss“. Ihm gehörten

mehrere Personen an, die am Widerstand beteiligt gewesen waren. Der „PGA“ setzte durch, dass von allen Bewerbern um eine Wiedereinstellung zumindest eine abgewogene Bewertung des 20. Juli zu fordern war. Wer die Männer um Stauffenberg weiterhin als „Verräter“ bezeichnete, hatte keine Chance auf Übernahme in die junge Bundeswehr. Programmatisch setzte Verteidigungsminister Franz-Josef Strauß die Benennung von Kasernen nach Angehörigen des Widerstands durch. Ging der Name „Generaloberst-Beck-Kaserne“ für die ehemalige „NS-Ordensburg“ in Sonthofen noch auf Bundeskanzler Adenauer selbst zurück, so benannte Strauß Kasernen in Sigmaringen (Stauffenberg), Oldenburg (Tresckow), Augustdorf (Rommel), Husum (Leber) und Donauwörth – die dortige Kaserne nach dem Jesuitenpater Alfred Delp, obwohl dieser zum militärischen Widerstand kaum Kontakt gehabt hatte.

1959 erließ Generalinspekteur Adolf Heusinger einen Tagesbefehl zum 15. Jahrestag des gescheiterten Aufstandes, in dem er schrieb: „*Die Tat des 20. Juli 1944 – eine Tat gegen das Unrecht und gegen die Unfreiheit – ist ein Lichtblick in der dunkelsten Zeit Deutschlands*“, und dass, obwohl Heusinger selbst von Stauffenbergs Bombe verwundet worden war.

Die Akzeptanz des militärischen Widerstands als traditionswürdig für die Bundeswehr hat sich wohl von oben nach unten, weil politisch gewollt, durchgesetzt. Gewiss – noch bis in die frühen 1970er-Jahre hinein gab es in einigen Verbänden ältere Offiziere, die nach ein paar Gläsern Bier ihren Vorurteilen gegenüber den „Eidbrechern“ freien Lauf ließen – aber das gab es in der Gesamtgesellschaft auch. Insgesamt kann man der Bundeswehr bescheinigen, in der Frage der Anerkennung des Widerstandes in Westdeutschland eine Vorreiterrolle eingenommen zu haben.

Zum Widerstand: Nicht nur der 20. Juli

Noch bis weit in die 1960er-Jahre hinein konzentrierte sich die Wahrnehmung von „Widerstand“ in der Bundesrepublik auf die Opposition der Nationalkonservativen. Widerständiges Verhalten von Arbeitern, Jugendlichen, religiösen Minderheiten oder Kriegsgefangenen fand wenig Interesse. Das wandelte sich in den späten 1970er-Jahren, als beispielsweise der Arbeiterwiderstand im Ruhrgebiet, Judenretter oder das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ mehr Aufmerksamkeit erfuhren. Das Interesse verlagerte sich auch deshalb, weil die politischen Vorstellungen des bis dahin übermächtigen nationalkonservativen Widerstands jetzt in der Forschung klarer hervortraten – und sich eben in vielem nicht mit der Ordnung des Grundgesetzes deckten.

Auch vor der Bundeswehr machte diese Entwicklung nicht halt – allerdings deutlich zeitverzögert. So ehrte die Sanitätsakademie in München den Feldwebel Hans Scholl, führender Kopf der „Weißen Rose“, und in Gotha ist seit 2001 ein Saal in der Kaserne nach Oberstleutnant Ritter von Gadolla benannt, der 1945 die Stadt kampfflos übergeben hatte und dafür erschossen worden war.

1942 war der Wiener Feldwebel Anton Schmid hingerichtet worden, weil er Juden aus dem Ghetto in Wilna zur Freiheit



Die steinerne Nachbildung der Flugblätter: Sie liegen nicht zufällig verstreut, sondern sie bilden thematische Gruppen. Direkt vor dem Haupteingang der Universität befindet sich ein Blätterensemble, das den Verurteilten des ersten Prozesses, Hans und Sophie Scholl sowie Christoph Probst, gewidmet ist.

Foto: Gedenkstätte Deutscher Widerstand

verholfen hatte. Im Jahre 2000 benannte die Bundeswehr die Kaserne in Rendsburg nach ihm; als diese geschlossen worden war, wurde die Kaserne in Blankenburg im Harz nach Schmid benannt. Inzwischen verlagert sich der Fokus des Interesses. So moralisch vorbildlich diese und andere Verhaltensweisen gewesen sind – sie alle kurierten an Symptomen des verbrecherischen Regimes. Allein der Staatsstreichversuch vom 20. Juli 1944 hatte das Potenzial, das System als Ganzes zu stürzen und dem Völkermorden ein Ende zu machen. Das lässt Stauffenberg, Tresckow, Beck und Goerdeler als einzigartig dastehen.

Die Tradition des Aufstands – ohne Militär?

Erstaunlich ist dabei allerdings eine spürbare „Entmilitarisierung“ der Erinnerung. Der Tom-Cruise-Film „Operation Walküre“ schwelgte in Uniformen, was dem amerikanischen Publikumsgeschmack geschuldet war. In Deutschland zieht es die Öffentlichkeit vor, die Tatsache zu verschweigen, dass es sich bei den für das NS-Regime gefährlichsten Oppositionellen um Berufsoffiziere gehandelt hat und dass neben dem Versuch, Hitler zu töten, auch ein Putschversuch des Militärs stand.

Am 1. Juli 2014 eröffnete Bundeskanzlerin Angela Merkel die neue Dauerausstellung der Gedenkstätte Deutscher Widerstand und legte dabei ein Bekenntnis zum Widerstand in seiner ganzen Breite ab. Sie benannte die militärischen Verschwörer sogar namentlich (wenn sie auch den Generaloberst Beck wegließ): „Nur wenige Schritte entfernt von uns liegt der Hof, in dem Claus Schenk Graf von Stauf-

fenberg, Friedrich Olbricht, Mertz von Quirnheim und Werner von Haeften erschossen wurden.“ Aber keinen der vier nannte sie mit ihrem Dienstgrad. Dabei hatten sie sich gegen den „Führer“ verschworen, weil sie Offiziere waren! In der deutschen Öffentlichkeit herrscht noch immer ein dumpfes Vorurteil, dass militärisches Handeln und Gewissen einander ausschließen. Wenn man darauf hinweist, dass der „Aufstand des Gewissens“ von militärischen Sachüberlegungen seinen Ausgang nahm, dann heißt das gerade nicht, ihm seine moralische Qualität abzusprechen. Vielmehr muss es dazu auffordern, anzuerkennen, dass auch Handeln aus der Verantwortung als militärischer Führer sehr wohl moralisch gerechtfertigt sein kann. Das ist vielleicht die Kernbotschaft des 20. Juli 2019. ■

Der Autor

Winfried Heinemann ist ein Offizier und Militärgeschichtler. Er wirkte am Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr und ist seit 2014 Honorarprofessor an der Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus-Senftenberg.

Im Zentrum steht der Mensch!

Zum Prinzip der „Inneren Führung“

Autor: Rufin Mellentin

Der Mensch ist nicht Mittel, sondern Mittelpunkt. Dies ist seit Jahrzehnten die Erfolgsgeschichte der Bundeswehr, die Erfolgsgeschichte der zentralen Dienstvorschrift der „Inneren Führung“, oder wie sie heute heißt: „Innere Führung Selbstverständnis und Führungskultur der Bundeswehr“. In den Aufbaujahren der Bundeswehr noch als „Inneres Gewürge“ kritisiert, wurde die Vorschrift nach der Wiedervereinigung zu einem Exportschlager unseres deutschen Führungsverständnisses. Sie ist die Leitlinie für die Führung von Menschen und den richtigen Umgang miteinander. Im Zentrum der Vorschrift steht das Führungshandeln der Vorgesetzten. Die InFu findet dabei auf drei „Gestaltungsfeldern“ statt, die ich im Folgenden erläutern möchte. >>

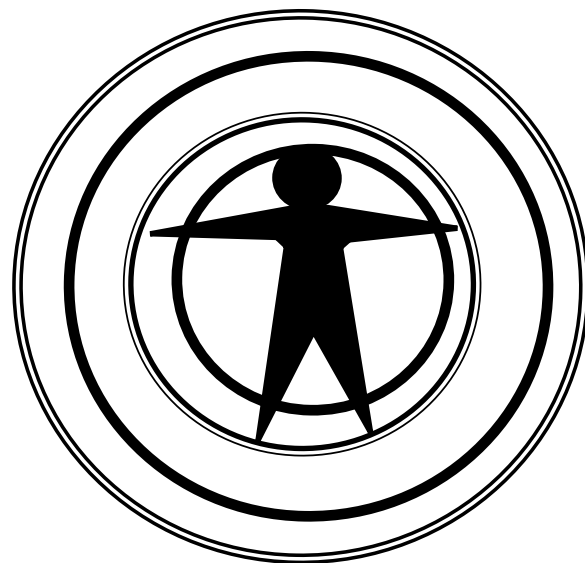
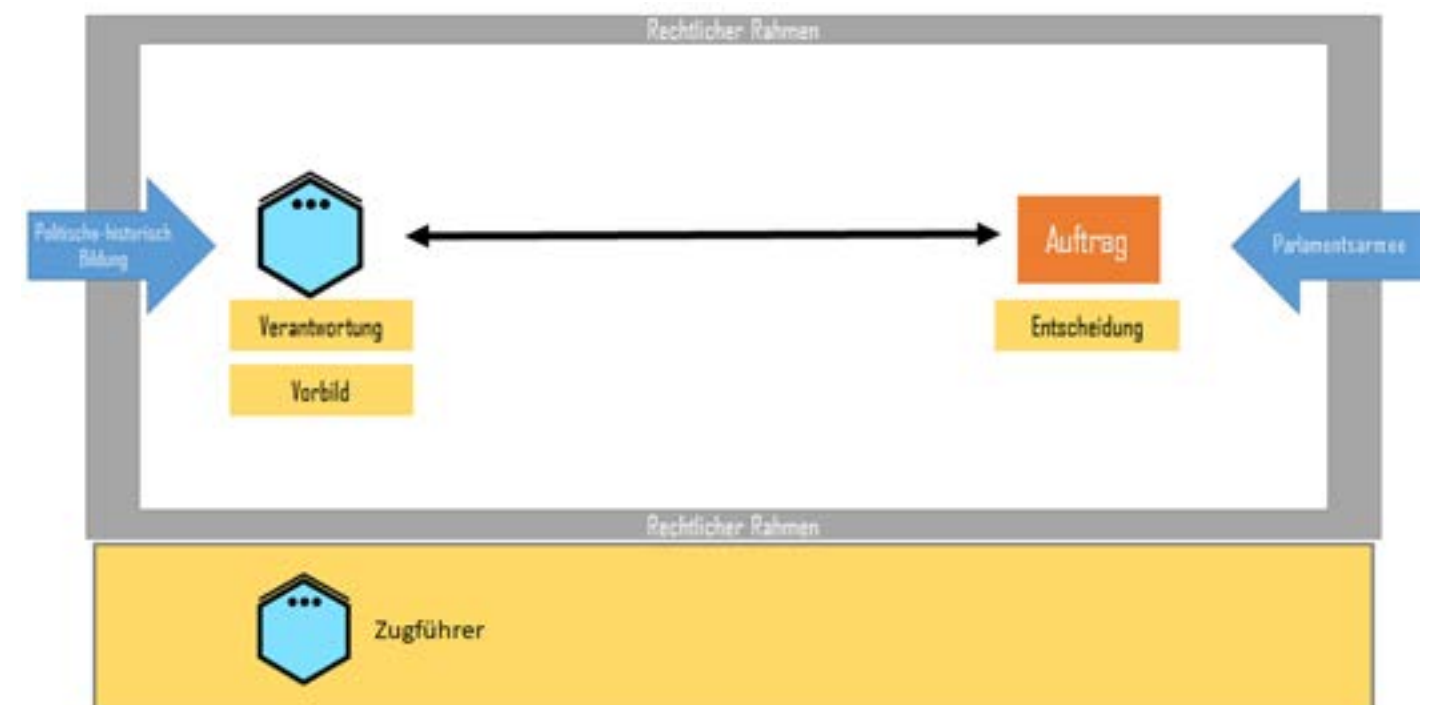


Abbildung 01: Mensch im Zentrum
/Nadin Schley

Drei Gestaltungsfelder

Das Gestaltungsfeld „Recht“ bildet den Rahmen des Modells, das Gestaltungsfeld der „Politisch-historischen Bildung“ findet sich in der Vorschriftenhierarchie der Bundeswehr wieder und impliziert auch die ethische Bildung. Den Schwerpunkt des Modells bildet das Gestaltungsfeld der „Menschenführung“, auf das ich näher eingehen möchte.

Abbildung 02: Gestaltungsfeld Menschenführung. Am Anfang steht der Auftrag und die freie Entscheidung der Gestaltungsfelder/R. Mellentin

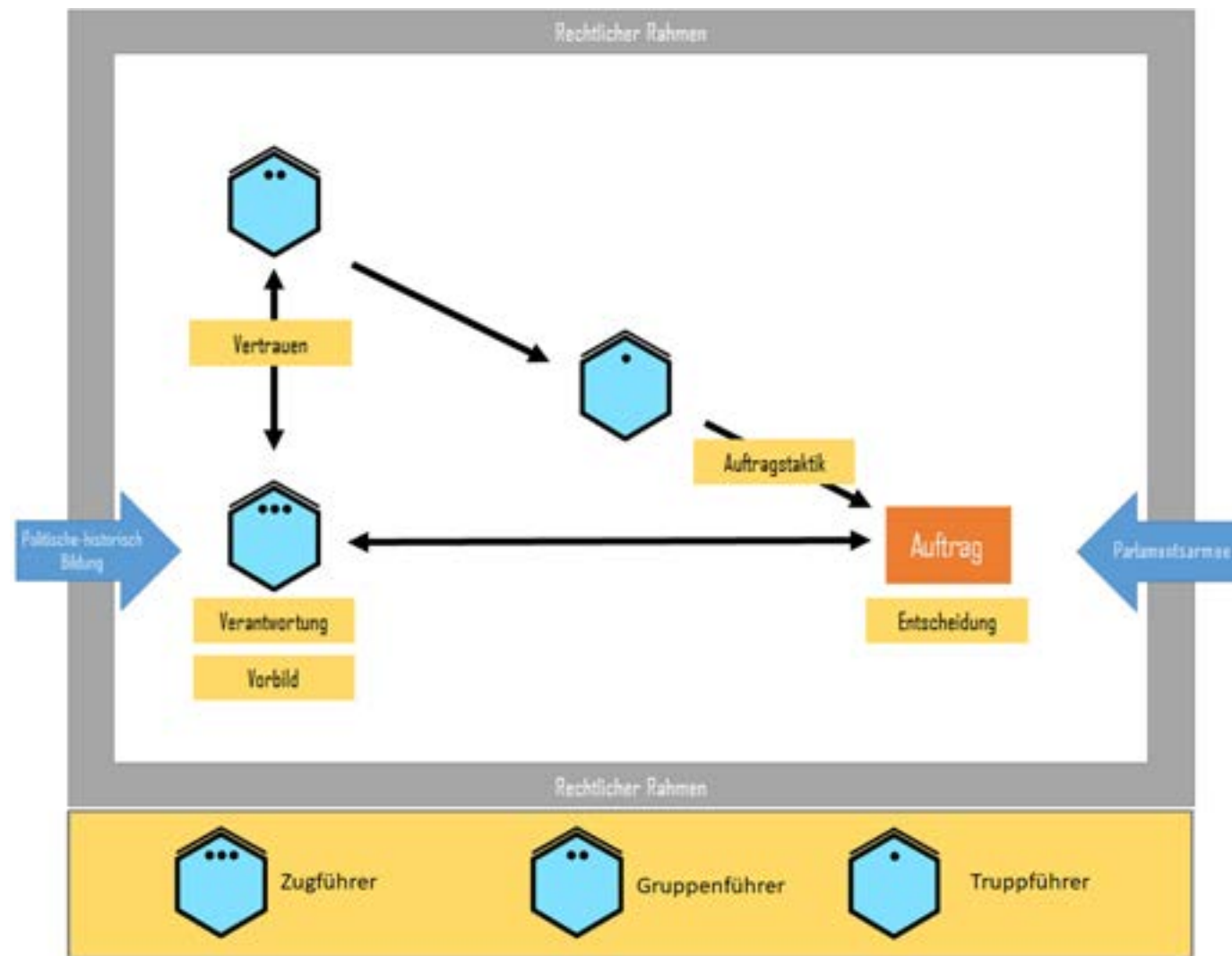


Der gemeinsame Nenner im Führungsverständnis

In Zentrum der Betrachtungen steht nun der Vorgesetzte und seine freie Entscheidung. Sie wird im Lehrfach InFu im Rahmen der Führerausbildung an allen Offizier- und Unteroffizierschulen unserer Streitkräfte in den Mittelpunkt gestellt. Im Modell steht folgerichtig auch der „Zugführer“ im Mittelpunkt des „taktischen Geschehens“. Auf ihn sind alle Grundlehrgänge dieser Schulen zunächst ausgerichtet. Er wird durch das Sechseck mit Winkel und dem Stärkezeichen „drei Punkte“ als Zugführer kenntlich gemacht. Er ist Träger der taktischen Entscheidungen, die im Extremfall sein und das Leben seiner Soldaten fordern können. Er gehört somit zu einer extremen Entscheidungselite, die in der gesamten Ausbildung immer die Rückkoppelung auf seine persönliche Verantwortung reflektiert. Entscheiden

und Verantwortung sind dabei unteilbar. Er führt durch sein persönliches Vorbild. Da dieses Führungsprinzip für alle Führungsebenen gilt (also sowohl für die taktische Ebenen der Kompaniechefs und Bataillonskommandeure, der operativen Ebenen der Brigaden, Divisionen und Korps als auch für die strategische Ebene, also der Ebene, auf der die Politik in das Geschehen eingreift), kann man auch von einem gemeinsamen Nenner im Führungsverständnis der gesamten Bundeswehr sprechen. Die Basis bildet also die Entschlossenheit, den gemeinsamen Auftrag entsprechend des Soldateneides in freier Entscheidung umzusetzen: „*Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen.*“ Früh lernt der Soldat, dass er seinem Auftrag in freier Entscheidung verpflichtet ist. In Haltung und Pflichterfüllung lebt er dies durch sein persönliches Vorbild vor. >>

Abbildung 03:
Den Unterführern vertrauen/R. Mellentin



Vertrauen als Voraussetzung der Auftragstaktik

Dabei hilft ihm, dass er sich auf die Führung seiner Unterführer konzentrieren kann. Auch das gilt für alle Führungsebenen. Durch Delegation fokussiert sich der Führer auf „eine Handvoll“ Kameraden. Im Modell ist hier für den Zugführer als sein direkter Bezugspunkt der Gruppenführer dargestellt. Er wird durch das Sechseck mit Winkel und dem Stärkezeichen „zwei Punkte“ als Gruppenführer kenntlich gemacht. Unabdingbar für diese Beziehung ist es, ein Vertrauensverhältnis aufzubauen und zu erhalten, das allumfassend und ganzheitlich „innerhalb und außerhalb des Dienstes“ alle Vorgesetzten fordert und das für die Führungsmethode der „Auftragstaktik“ eine Voraussetzung ist. Hat der Unterführer ebenfalls die Gewissheit, eigenverantwortlich entscheiden (und verantworten) zu dürfen, wird der Auftrag dynamisch und im Sinne des Grundgesetzes mit Leben erfüllt. Im Idealfall lässt er den Untergebenen die Freiheit spüren, die für seine Würde und seine intrinsisch motivierte Dienstauffassung notwendig ist, um mithilfe der „Auftragstaktik“ dem Gesamtauftrag zu dienen. Analog führt der Gruppenführer die Truppführer.

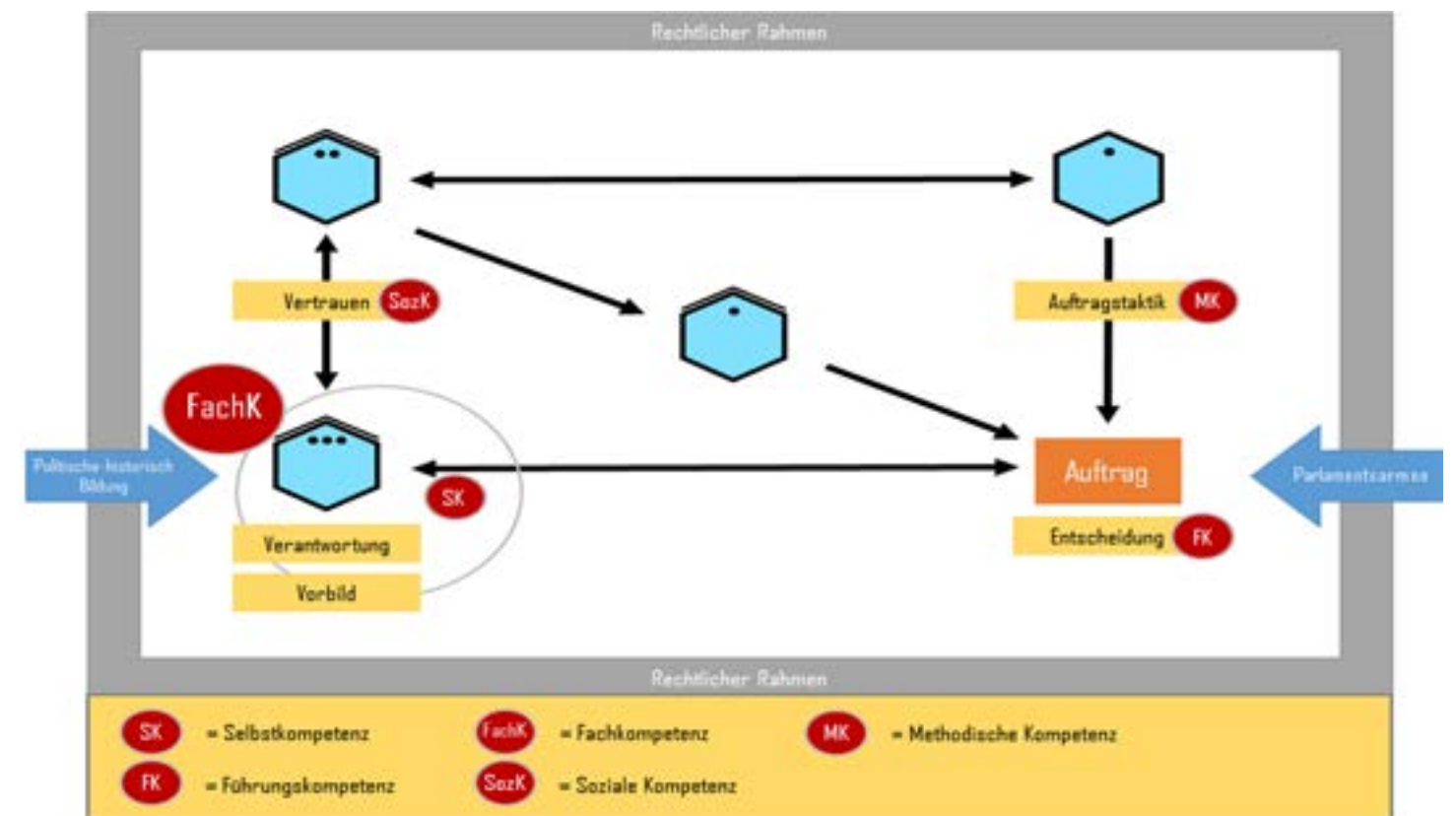
Der Trupp ist die kleinste soldatische Teileinheit. Erlebt der einzelne Soldat seine Vorgesetzten als sinnstiftend, vorbildlich, verantwortungs- und vertrauensvoll, wird er zur und im Sinne der Auftragstaktik erzogen. Als Gegenstück sei hierbei auf die „Befehlstaktik“ hingewiesen.

Entscheidungs- und Handlungshilfen

Dabei ist das Modell kein geschlossenes, sondern koppelt den Vorgesetzten mithilfe des Anspruchs der „Politisch-historischen Bildung“ mit der Zivilgesellschaft. Neben der charakterlichen und persönlichen Bildung zwingt ihn die Vorschrift zu einer permanenten Auseinandersetzung mit den Dingen, die seinem Handeln einen tieferen Sinn geben. So ist auch die „Ethische Bildung“ von Anfang an integraler Bestandteil dieses Anspruchs. Im Gedenkjahr „75 Jahre militärischer Widerstand, 20. Juli 1944“ sei in diesem Zusammenhang an die einzigartige Vorbildfunktion des „Aufstands des Gewissens“ entschlossener Offiziere um Claus Graf von Stauffenberg und Henning von Tresckow erinnert. Seit dem 24. März 2005 regelt das Parlamentsbeteiligungsgesetz die Beteiligung der Legislative an der Entscheidung über den Einsatz von Streitkräften im Ausland.

Damit werden „Out of Area-Einsätze“ (außerhalb des NATO Bündnisgebietes), Truppenumfang, Einsatzdauer und **„Rules of Engagement“** vom Bundestag in einem Gesetzgebungsverfahren diskutiert und mandatiert. Dies gibt den Vorgesetzten Transparenz für ihr Führungshandeln und hilft auch in schwierigen Verantwortungssituationen. Die Komplexität des Anspruchs der Parlamentsarmee wird in besonderer Weise durch den bekannten Werbeslogan der Bundeswehr verdeutlicht: *„Wir kämpfen auch dafür, dass Du gegen uns sein kannst!“*

Abbildung 04: Die InFü fordert und fördert alle Kompetenzen/R. Mellentin



Anforderungsprofil an den Führer – dem Gewissen verpflichtet

Um den permanenten und ganzheitlichen Anspruch der Vorschrift an die Führungspersönlichkeit zu verdeutlichen, habe ich in einem weiteren Schritt die zentralen Punkte „Verantworten und Entscheiden“, „Führen durch Vorbild“, „Vertrauen“, „Bildung“ (politisch-historische Bildung), „Auftragstaktik“ und „Parlamentsarmee“ den kompetenzorientierten Anforderungsprofilen „Selbstkompetenz“, „Führungskompetenz“, „Fachkompetenz“, „Sozialkompetenz“ und „methodische Kompetenz“ zugeordnet.

Für uns Christen sei ein abschließender Hinweis auf die Leitideen der „Prinzipien der Katholischen Soziallehre“ gestattet. Diese lassen Vergleiche mit der Führungsvorschrift zu. Stellen doch „Subsidiarität“ (Wer ist zuständig?), „Solidarität“ (Wer ist verantwortlich?), „Personalität“ (Was gilt der Mensch?) und das „Gemeinwohl“ (Was ist gut für das Ganze?) Fragen, die mit der beschriebenen Vorschrift für unsere militärischen Führer auch im Glauben Antworten finden können. ■

Der Autor

Nachdem Oberstleutnant Rufin Mellentin bis zum Jahr 2014 das Lehrfach „Politisch-historische Bildung“ an der Sanitätsakademie der Bundeswehr in München (Offizier- und Unteroffizierschule des Sanitätsdienstes) implementiert hatte, ist er seitdem als „Truppenfachlehrer Innere Führung“ (Dozent) an der Offizierschule der Luftwaffe in Fürstentfeldbruck eingesetzt.

Aus der Redaktion ...

Die Blattkritik



Ausgabe 302/2018
Von: Josef Blotz

Sehr geehrte Damen und Herren der Redaktion, ich möchte Sie auf einen kleinen Lapsus im Artikel über die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes auf Seite 13 des AUFTRAGS 2.2018/302 hinweisen: Das dem Artikel beigelegte Foto zeigt nicht GenLt Schelleis und mich, sondern meine lieben alten GKS-Mitstreiter Oberst a. D. Dr. Achmann und OTL Rufin Mellentin.

Antwort aus der Redaktion:
Sehr geehrter Herr General Blotz,

das ist uns leider zu spät aufgefallen. Es tut uns sehr leid. Ursache des „Lapsus“ war, dass wir kurzfristig die Seiten des AUFTRAGS noch mal umgestalten mussten. Dabei ist leider das dem Artikel beigelegte Bild aus Versehen nicht ausgetauscht worden. Wir bitten um Entschuldigung und korrigieren hiermit unseren redaktionellen Fehler.

Ehrung: Das Verdienstkreuz
am Bande der Bundesrepublik
Deutschland für Generalmajor
Josef Dieter Blotz.
Foto: GKS



VORSCHAU

HEFT 304

Das Heft
erscheint im
NOVEMBER 2019

Thema:

Klimawandel in Staat und Kirche

Foto: Pixabay

TITELTHEMA:

Eiszeit in Europa:

Wohin entwickeln wir uns als Gesellschaft?

SPEZIAL

Das Ende der Geduld:

Katholische Kirche vor epochaler Veränderung?

THEMA

Aus der Traum?

Vier Szenarien für die Zukunft Europas.

Themenvorschläge zum Titelthema der nächsten Ausgabe
nimmt die Redaktion des AUFTRAGS gerne bis zum **31. Juli 2019** entgegen.

IMPRESSUM

AUFTRAG ist die Verbandszeitschrift der Gemeinschaft Katholischer Soldaten (GKS). Sie erscheint zweimal im Jahr.

HERAUSGEBER:

GKS, Am Weidendamm 2, 10117 Berlin
<http://www.gemeinschaft-katholischer-soldaten.de>

REDAKTION:

Verantwortliche Redakteurin:
Nadin Schley V. i. S. d. P.

Titelfoto:

Shutterstock

ZUSCHRIFTEN:

Redaktion AUFTRAG
Am Weidendamm 2
10117 Berlin
E-Mail: redaktion-auftrag@kath-soldaten.de

Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Namensartikel werden allein vom Verfasser verantwortet. Nicht immer sind bei Nachdrucken die Inhaber von Rechten feststellbar oder erreichbar. In solchen Ausnahmefällen verpflichtet sich der Herausgeber, nachträglich geltend gemachte rechtmäßige Ansprüche nach den üblichen Honorarsätzen zu vergüten. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe.

ÜBERWEISUNGEN UND SPENDEN:

GKS e. V. Berlin, Pax Bank eG Köln
IBAN: DE21 3706 0193 1017 4950 18
BIC: GENODE33PAX

LAYOUT:

Editorial Publishing Berlin e. K.
Eberhard-Roters-Platz 14
10965 Berlin
www.editorial-publishing-berlin.de

DRUCK:

MVG Medienproduktion Boxgraben 73,
52064 Aachen

REDAKTIONSSCHLUSS:

30. April 2019